

Stenographisches Protokoll.

138. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

II. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 18. März 1926.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeige (3421).

Tagesordnung: Umstellung der T. D. (3421).

Verhandlungen: 1. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betr. den Antrag der Abg. Heisl, Streeruwitz, Buchinger, Födermayr u. Gen. (240/A) über ein Bundesverfassungsgesetz, betr. die Ermächtigung der Bundesregierung zur Änderung der Zollsätze des Zolltarifs vom 5. September 1924 (Bundesgesetz vom 5. September 1924, B. G. Bl. Nr. 445) (B. 513) — Berichterstatter Dr. Weidenhoffer (3421), Elbersch (3422) — Annahme des Bundesverfassungsgesetzes in 2. u. 3. Lesung (3426);

2. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (B. 499): Bundesgesetz, betr. die Änderung des Zuckersolltarifs (Zolltarifnovelle) (B. 520) — Berichterstatter Heisl (3426 u. 3443), Pölzer (3426), Födermayr (3429), Klimann (3432), Dr. Schönbauer (3435 u. 3442), Freundlich (3438), Derjch (3440), Abram (3441) — Annahme des Gesetzes in 2. u. 3. Lesung (3443).

Ausschüsse: Antrag Schönsteiner auf Einziehung eines 13gliedrigen Sonderausschusses zur Beratung des Antrages Dr. Seipel, Dr. Dinghofer, betr. ein Bundesgesetz zur Bekämpfung von Mißbräuchen im Pressewesen (245/A), und Wahl dieses Ausschusses in der nächsten Sitzung — Schönsteiner (3443), Leuthner (3443) — Annahme des Antrages (3444).

Zuweisung der Regierungsvorlagen 518 an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten und 519 an den Finanz- und Budgetausschuß, der Anträge 253 an den Zollausschuß, 252 an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht und 251 an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (3444).

Eingebracht wurden:

Antrag: Dr. Weidenhoffer, Klimann, auf Abänderung des Bundesgesetzes vom 5. September 1924 (253/A).

Anfragen: 1. Jarboch, Bundesregierung, betr. verschärfte Maßnahmen gegen Weinfälschungen (312/I);

2. Dr. Schönbauer, Größbauer, Bundeskanzler, betr. den Empfang des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš (313/I).

Verteilt wurde:

Regierungsvorlage B. 519.

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. nachm.

Gruber ist krank gemeldet.

Über Vorschlag des Präsidenten gemäß § 33 der Geschäftsordnung wird die Umstellung der beiden Gegenstände der T. D. beschlossen.

Es wird zur T. D. übergegangen. Erster Gegenstand derselben ist der Bericht des Ausschusses für

Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betr. den Antrag der Abg. Heisl, Streeruwitz, Buchinger, Födermayr u. Gen. (240/A) über ein Bundesverfassungsgesetz, betr. die Ermächtigung der Bundesregierung zur Änderung der Zollsätze des Zolltarifs vom 5. September 1924 (Bundesgesetz vom 5. September 1924, B. G. Bl. Nr. 445) (B. 513).

Berichterstatter Dr. **Weidenhoffer:** Hohes Haus! Als wir im Jahre 1924 den autonomen Zolltarif in diesem hohen Hause verabschiedeten, hatten wir alle die Meinung und hegten die Erwartung, daß sich die handelspolitischen Verhältnisse zwischen den einzelnen Staaten Europas auf dem Wege einer gewissen Ermäßigung des bezüglichen Zollschatzes in den einzelnen Ländern weiterentwickeln werden und daß wir einer Handelspolitik Europas entgegengehen, die sich immer mehr und mehr auf den Freihandelsstandpunkt stellen wird. Daher war der Zolltarif, der von uns beschlossen wurde, in den Tariffäßen äußerst bescheiden. Wir zögerten auch mit der Festsetzung dieses Zolltarifs sehr lange, weil wir schon in der vorhergehenden Zeit immer dachten, daß eine wirtschaftspolitische Annäherung insbesondere der Nachfolgestaaten stattfinden werde, und wir insolgedessen eine derartige eventuell mögliche Tendenz durch Schaffung eines autonomen Zolltarifs, der von den Tariffäßen stark abgewichen wäre, die der alte österreichisch-ungarische Zolltarif des Jahres 1906 festhielt, nicht stören wollten. Im Verlaufe der Zeit, nach Verabschiedung unseres Zollgesetzes hat sich jedoch herausgestellt, daß die europäischen Staaten, insbesondere die sogenannten Nachfolgestaaten, auf deren Handelsverkehr wir ganz besonders angewiesen sind, mit denen einen engen wirtschaftlichen Kontakt zu erhalten und einen dichten Handelsverkehr zu unterhalten, wir ganz besonders bestrebt sein müssen, Zolltarife beschloffen, die die Sätze unseres Zolltarifs weit übertrafen, das Zweifache, das Dreifache, ja mitunter das Vier- und Fünffache unserer Ansätze darstellen. Dadurch wurde eine handelspolitische Situation geschaffen, die sich in folgenden Erscheinungen ausdrückt: Das Ausland hat einen äußerst hoch geschätzten inländischen Markt. Auf diesem inländischen Markt erzielt die Produktion entsprechend hohe Preise, und es ist ihr insolgedessen leicht möglich, zu Dumpingpreisen, zu Preisen, die tief unter den eigenen Herstellungskosten liegen, die ausländischen Märkte mit Waren zu überschwemmen.

Jener ausländische Markt, der da insbesondere in Betracht kommt, ist natürlich der österreichische, weil er von Haus aus äußerst wenig geschützt ist. Es wird daher unsere eigene Produktion im Inlandsgebiete von der ausländischen Konkurrenz mit Dumpingpreisen bedrängt. Nicht genug daran, daß sich das in unserem Gebiete abspielt, spielt sich derselbe aussichtslose Kampf auch auf den neutralen, den dritten Märkten ab, wo unsere Produktion mit der ausländischen Produktion zusammentrifft. Darüber hinaus dürfen wir nicht übersehen, daß Wien auf der einen Seite ein so hervorragendes Konsumtionszentrum ist und auf der anderen Seite eine so günstige handelsgeographische Lage hat, daß auch jedes notleidend gewordene große Lager in den Nachbarstaaten, wenn es rasch abgestoßen werden soll, mit Vorliebe zur Gänze oder zu einem großen Teil auf den österreichischen, besonders den Wiener Markt geworfen wird und hier in minderwertiger Ramschware auch noch eine illoyale Konkurrenz gegenüber unserer Produktion entsteht.

Diese Erscheinungen töten unsere eigene Erzeugung. Dazu machen wir dann auch noch die Erfahrung, daß in den Nachbarstaaten regelmäßig mit einer besonderen Leichtigkeit und in einer sehr kurzen Zeit, sobald es zu Handelsvertragsverhandlungen, insbesondere mit uns, kommen soll, die bestehenden Zolltariffsätze in die Höhe gesetzt werden und auf diese Weise unsere Unterhändler sich bei den Handelsvertragsverhandlungen in einer außerordentlich schwierigen Lage befinden.

Alle diese Erwägungen und Gesichtspunkte lassen es daher notwendig erscheinen, daß auch bei uns die Bewegungsfreiheit auf handelspolitischem Gebiet und in der Zollgesetzgebung in bezug auf die Festsetzung der Höhe der einzelnen Zolltariffsätze gesteigert werde. Diesem Gedanken und Zwecke dient der Antrag, der von dem Abg. Heisl u. Gen. im hohen Hause eingebracht wurde und über den ich zu berichten die Ehre habe. In den Händen der Mitglieder des hohen Hauses befindet sich der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe vom 16. März d. J. Diesem Berichte ist außer der Begründung auch das Bundesverfassungsgesetz, das vom Ausschusse verabschiedet wurde, beige druckt. Leider haben sich infolge von Mißverständnissen eine Reihe von Druckfehlern eingeschlichen, so daß ich bitten muß, die richtige Fassung jetzt mündlich von mir entgegenzunehmen. Das Bundesverfassungsgesetz, das beschlossen werden soll, hat also nicht genau den Wortlaut, der im Berichte enthalten ist, sondern folgenden Wortlaut (*liest*):

„Bundesverfassungsgesetz

vom

betreffend die Ermächtigung der Bundesregierung zur Änderung der Zollsätze des Zolltariffs vom

5. September 1924 (Bundesgesetz vom 5. September 1924, B. G. Bl. Nr. 445).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. (1) Die Bundesregierung ist ermächtigt, mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates durch Verordnung die Sätze des autonomen Zolltariffs für Waren dauernd oder zeitweise abzuändern, wenn die inländische Erzeugung durch die Einfuhr ernstlich bedroht ist oder wenn dies aus handelspolitischen Gründen notwendig wird.

(2) Wenn jedoch ein Viertel der Mitglieder des Hauptausschusses die geschäftsordnungsmäßige parlamentarische Behandlung eines solchen Antrages der Bundesregierung verlangt, so ist diesem Begehren gemäß der betreffende Antrag als Regierungsvorlage im Nationalrate einzubringen und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Artikel II. Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Der Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten beschäftigte sich — wie schon erwähnt — am 16. März mit diesem Initiativantrage und faßte den Beschluß, an den Nationalrat folgenden Antrag zu stellen (*liest*):

„Dem in der Fassung des Ausschusses beige gedruckten Gesetzentwurf eines Bundesverfassungsgesetzes wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Ich bitte um eine konforme Beschlußfassung.

Elberich: Hohes Haus! Wenn Zollfragen zur Diskussion stehen, halten wir es für notwendig, immer wieder zu betonen, daß wir uns zum Grundsatz des Freihandels in der Wirtschaft bekennen und daß wir mit großer Sorge und tiefem Bedauern wahrnehmen, daß nahezu alle Staaten in Europa eine exzessive Hochschutzzollpolitik betreiben, ihre Gebiete gegeneinander durch hohe Zölle und andere Abwehrmaßnahmen absperrten, daß in vielen Staaten durch den Hochschutzzoll eine Industrieentwicklung förmlich künstlich gezüchtet wird, daß dieser Hochschutzzoll Dumpingpreise ermöglicht, die wieder die Entwicklung der Industrie in den Nachbarstaaten hemmen, und daß diese Hochschutzzollpolitik — abgesehen von den Schwierigkeiten, die sie dem internationalen Warenverkehr bereitet — auch zu einer Überindustrialisierung führt, die schließlich und endlich gefährliche Wirtschaftskrisen im Gefolge haben muß. Wir sehen diese Entwicklung mit großem Bedauern und richten bei jeder Gelegenheit in der Öffentlichkeit an alle kompetenten Stellen die Mahnung, sich darum zu bemühen, daß der Warenaustausch zwischen den einzelnen europäischen Staaten möglichst erleichtert und nicht durch hohe Zollsätze erschwert wird. Wir befürchten von dem gegenwärtigen System eine dauernde ernstliche Gefährdung der ganzen europäischen Wirtschaft.

Obzwar wir nun Freihändler sind, müssen wir doch zugeben, daß dieses kleine Österreich nicht in der Lage ist, in seinen Wechselbeziehungen zu anderen Staaten dem Grundsatz des Freihandels Rechnung zu tragen, wenn alle anderen Staaten Hochschutzzöllnerie betreiben. Wir geben zu, daß für manche unserer Industrien, die sich erst im Stadium der Entwicklung befinden, ein Zollschutz notwendig ist und daß dieser Zollschutz namentlich bei jenen Waren notwendig ist, die mit Dumpingpreisen nach Österreich kommen. Und da meine ich nicht nur den Dumping, der durch den Hochschutzzoll des Produktionsstaates herbeigeführt wird: Es ist doch immer so . . . (Unruhe).

Präsident: Ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit.

Eldersch (fortfahrend): Hohes Haus! Es ist immer so, daß der hohe Zollschutz der Produktion des betreffenden Staates es ermöglicht, hohe Preise vom inländischen Konsum zu verlangen. Durch diese Preisprämie, die die Produktion in dem hohen Zollschutz hat, ist der Produzent dieses Staates in der Lage, viel billiger in das Ausland zu liefern, eventuell zu Preisen, die für die andern ausländischen Produzenten Verlustpreise sind. Es kann aber auch ein Dumping eintreten, das auf den sozialpolitischen Verhältnissen der Staaten beruht. Denn es ist möglich, daß ein Staat, in welchem die Waren unter ganz anderen Arbeitsverhältnissen produziert werden als bei uns, auch in der Lage ist, niedrigere Preise zu erstellen und unsere Produktion zu schädigen. Wir geben also zu, daß für gewisse Industriezweige, für gewisse Produktionszweige Schutzzölle nötig sind, um ihre Entwicklung zu fördern, und daß Schutzzölle auch notwendig sind, um den Dumpings, die vom Ausland her durch den Zollschutz bewirkt werden, entgegenzuarbeiten. Natürlich können wir absolut nicht so weit gehen, wie viele Mitglieder der Mehrheit dieses hohen Hauses. Auch der Herr Referent hat beispielsweise davon gesprochen, daß, wenn irgendeine Firma im Ausland in Schwierigkeiten gerät und ihr Lager absetzen muß, sie diese Waren dann zu Schleuderpreisen absetzt, wogegen man sich schützen müsse. Meine Herren, es ist ganz ausgeschlossen, daß Sie bei jedem Konkurs, bei jedem Ausverkauf, bei jedem Ausgleich, der sich bei irgendeiner Firma im Auslande ereignet, im Wege einer Zollerhöhung verhüten wollen, daß ihre Waren zu billigen Preisen hereinkommen. Das ist nicht möglich und daran hindern Sie ja auch die Handelsverträge, weil man doch Bindungen hinsichtlich der Zollsätze eingegangen ist. So kann man also die Wirtschaft nicht einrichten, daß man, wenn man hört, daß irgendeine Leinenfirma in der Tschechoslowakei Ausverkauf macht, die Leinenzölle erhöht, um zu verhindern, daß die Ware zu billigeren

Preisen hereinkommt. Das scheint mir eine sehr naive Anschauung zu sein, in der Praxis nicht durchsetzbar, abgesehen davon, daß es ganz unmöglich wäre, sich auf ein solches Prinzip einzulassen.

Wenn wir nun also, meine sehr geehrten Damen und Herren, zugeben, daß die österreichische Produktion in manchen Belangen einen Zollschutz braucht, so sind wir doch nicht in der Lage zuzugeben, daß die Wünsche nach Zollerhöhungen, wie sie hier vorgebracht werden, berechtigt sind, und wir müssen namentlich gegen die Art und Weise Einspruch erheben, wie hier die Verhandlungen über Zollerhöhungen, über unser Zollregime geführt werden. Unserer Ansicht nach müßte in diesen Fragen die Regierung die Initiative haben. Die Regierung muß die Verhältnisse unserer Produktion kennen, sie muß sie ständig erforschen und verfolgen und muß daher in der Lage sein, zu wissen, was auf diesem Gebiete nottut. Die Organe der Regierung führen die Verhandlungen über unsere Handelsverträge mit den anderen Staaten. Diese Organe müssen genau darüber informiert sein, welche Positionen des Zolltarifs für die Handelsvertragsverhandlungen bei jedem einzelnen Staat in Frage kommen. Denn es wird doch verlangt, daß Erhöhungen des autonomen Zolltarifs zu dem Zwecke eintreten, damit dieser autonome Zolltarif eine Waffe in den Händen unserer Unterhändler mit anderen Staaten sei, damit die hohen Zollsätze, die wir für den autonomen Zolltarif beschließen, im Verhandlungswege mit anderen Staaten ermäßigt werden können gegen Ermäßigung jener Zollsätze dieser Staaten, an deren Ermäßigung unsere Produktion ein Interesse hat. Darüber müssen die Organe der Regierung doch ausreichend informiert sein.

Was sehen wir aber? Wir sehen, daß die Regierung bei diesen Verhandlungen nicht die Initiative ergreift, daß sie es den Parteien des Hauses, den einzelnen Abgeordneten überläßt, Initiativanträge einzubringen, die Erhöhungen des autonomen Zolltarifs zum Gegenstand haben.

Hohes Haus! Das ist ein Standpunkt, der absolut nicht akzeptiert werden kann und den wir nicht dulden werden. Wenn das so weitergeht, werden Sie von uns die Erklärung bekommen, daß wir über Initiativanträge auf diesem Gebiete überhaupt nicht verhandeln, sondern daß wir wünschen, daß die Regierung in diesen Fragen die Führung übernimmt, daß sie initiativ vorgeht, nicht aber einfach den Interessenten die Initiative überläßt, was zur Folge hat, daß dann Anträge gestellt werden, die bei ihrer Annahme für die Wirtschaft ruinos wirken könnten.

Es scheint überhaupt so, als ob im Handelsministerium einfach ein Bureau zur Entgegennahme von Anträgen auf Erhöhung des autonomen Zolltarifs eröffnet worden wäre. Da kommt es natürlich dazu, daß, wenn eine Industrie einen Anspruch auf Erhöhung eines Zolles angemeldet hat, sich die

andere fragt: Warum soll ich nicht auch eine Erhöhung des Zolles bekommen? Denn jede Zollerhöhung hat schließlich eine günstige Rückwirkung auf den betreffenden Produktionszweig — für die Konsumenten kann sie natürlich immer eine schlimme Rückwirkung haben. Wenn also der A eine Zollerhöhung bekommen hat, warum soll dann der B nicht auch eine Zollerhöhung bekommen? Und so geht es in angenehmer Reihenfolge das ganze Alphabet durch. Alle diese Wünsche werden entgegengenommen und dann wird uns ein Konvolut mit Wünschen auf Zollerhöhung vorgelegt. Die Regierung will nicht Farbe bekennen, sie tut so, wie wenn sie das überhaupt nichts kümmern würde, die Parteien sollen sich untereinander einigen, sie sollen sich besprechen. Die Regierung überläßt also das Regieren in bezug auf das Zollregime den Parteien dieses Hauses, sie überläßt es womöglich den Interessenten dieses Hauses. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Das ist ein Zustand, der unhaltbar ist und gegen den wir bei jeder Gelegenheit ankämpfen werden. Handelsministerium und Finanzministerium müssen zusammenwirken. Die müssen sich doch ein Bild darüber machen, was unsere Wirtschaft braucht, wie das Zollregime eingerichtet werden muß, und diese beiden Ministerien müssen dem Hause ihre Vorschläge unterbreiten. Es geht nicht an, daß einfach das Haus dann zum Tummelplatz nicht nur von Parteiverhandlungen — das wäre in Ordnung —, aber auch von Interessenten gemacht wird. Die Abgeordneten werden natürlich überlaufen, jede Partei wird angegangen, die Mehrheit schilt die Opposition aus. Das ist ein unmöglicher und eines Parlaments unwürdiger Zustand. Wir verlangen also, daß hier in entschiedener Weise Ordnung gemacht wird, daß die Regierung die Initiative ergreift und dem Parlament mitteilt, welche Änderungen an dem Zollarif sie für notwendig hält.

Der Mangel an Initiative, den die Regierung bekundet, erzeugt bei uns auch ein Mißtrauen. (*Sehr richtig!*) Es wird gesagt, wir wollen Zollerhöhungen, nicht etwa damit sie faktisch im Verkehr sich auswirken, sondern damit man ein brauchbares Instrument für die Handelsvertragsverhandlungen hat. Diesen Standpunkt könnte man akzeptieren, wenn man zur Regierung das Vertrauen hätte, daß sie die Waffe des autonomen Zollarifs entsprechend handhabt, daß sie von dieser Waffe im Interesse der Verteidigung der österreichischen Gesamtwirtschaft den entsprechenden Gebrauch machen wird. Aber wenn die Regierung schon bei uns so wenig Initiative zeigt, um den Zollarif nach ihrem besten Wissen zu beeinflussen, so müssen wir befürchten, daß unsere Unterhändler bei den Verhandlungen mit anderen Staaten auch nicht die Interessen unserer Gesamtwirtschaft im Auge behalten werden, sondern daß

sich parteimäßige Einflüsse gewisser Berufsgruppen, die in der Mehrheit großen Einfluß haben, bei der Regierung zur Geltung bringen und daß dann die Unterhändler, unter dem Diktat dieser Berufsgruppen stehend, für uns günstige Verhandlungen nicht zustande bringen werden, weil sie eventuelle Konzessionen auch bei solchen Zollarifpositionen nicht machen dürfen, die vom Hause zu dem Zwecke in entsprechender Höhe beschlossen worden sind, um sie bei den Verhandlungen mit anderen Staaten als Kompensationszölle verwenden zu können. Wir können uns schon vorstellen und haben ein begründetes Mißtrauen, daß gewisse agrarische Hochzölle im Vertragswege keine besondere Ermäßigung erfahren, weil die Agrarier auf die Regierung Einfluß üben, sie mit einem Mißtrauensvotum bedrohen werden, wenn sie diese Zölle auf Verlangen der Regierungen der anderen Staaten ermäßigt. Wir haben also die Befürchtung, daß, wenn die Zölle unter der Vorgabe erhöht werden, daß das für die Handelsvertragsverhandlungen notwendig sei, diese Zölle in ihrer Höhe bleiben werden, weil die einzelnen Interessentengruppen, die der Majorität nahestehen, in eine Herabsetzung dieser Zölle im Vertragswege nicht willigen werden. Ja, wir haben weiter noch die Befürchtung, daß diese Berufsgruppen alles daransetzen könnten, die Kündigung bereits abgeschlossener Handelsverträge bei der Regierung durchzusetzen, uns also in ein Regime hineinzulavieren, das einen Zoller Krieg gleichen würde wie ein Ei dem anderen.

Wir können daher nur mit großem Widerstreben und nach Prüfung aller Einzelheiten uns entschließen, die Mehrheit den Zollarif verändern zu lassen. Auf die Befürchtungen aber, die ich hier ausgesprochen habe, muß Rücksicht genommen werden, und es muß bei den Verhandlungen über die Änderung unseres Zollarifs anders vorgegangen werden als bisher.

Es wäre töricht, zu glauben, daß wir bei unserem Zollregime Zölle akzeptieren könnten, die unserer Produktion ein Dumping in das Ausland ermöglichen würden. Dumpingzölle haben nur dann eine Wirkung, wenn der größte Teil der Produktion im Inland abgesetzt wird. Der hohe Zoll hat die Wirkung, daß die Inlandspreise für das betreffende Produkt hochgehalten werden können, und durch den hohen Preis wird es dem Unternehmer bei Ausnutzung der vollen Kapazität seines Betriebes möglich, sagen wir ein Drittel seiner Produktion billig in das Ausland zu liefern. Wenn aber ein Betrieb beispielsweise nur 30 Prozent seiner Produktion im Inlande absetzt und 70 Prozent in das Ausland schicken muß, dann nützt einem solchen Betriebe hohe Zölle nicht. Da läßt sich kein Dumping aufbauen, weil eben die zu exportierende Menge viel zu groß ist gegenüber der Menge, die im Inland zu hohen Preisen abgesetzt wird.

Wir haben vom Standpunkte der Konsumenten noch die Befürchtung, daß, wenn sich alle diese exzessiven Wünsche ausleben würden, der Konsum dadurch eine Belastung erfahren würde, die im gegenwärtigen Zeitpunkt unerträglich ist. In einem Zeitpunkte, wo jeder vierte Arbeiter arbeitslos ist und von der Arbeitslosenunterstützung leben muß, muß jede Möglichkeit, eine Teuerungswelle über unsere Wirtschaft zu bringen, gefürchtet und abgewendet werden.

Hohes Haus! Wir akzeptieren auch zum Schutze des Konsums Bestimmungen im Zolltarif, wie sie bei der Milch vorgeschlagen werden, wonach bei einer gewissen Preislage der Zoll aufzuhören hat, um eine Verteuerung dieses Lebensmittels hintanzuhalten, und wir sind der Meinung, daß zur Beruhigung des Konsums von diesem Mittel ausgiebig in dieser oder einer anderen Form Gebrauch gemacht werden soll. Es ist ungemein wichtig, Sorge dafür zu tragen, daß sich die Zölle, die beschloffen werden, beim Absatz im Inland nicht voll auswirken können und auswirken sollen.

Entschieden müssen wir auch dagegen Verwahrung einlegen, daß die Majorität des Hauses die Verhandlungen über den Zolltarif so gestaltet, daß sie sagt: Es ist ein Zoll auf ein bestimmtes Produkt notwendig, sagen wir auf Eisen; unsere Eisenindustrie geht zugrunde, wenn der Zoll nicht erhöht wird, es ist also, vom Standpunkte der Majorität aus betrachtet, notwendig, den Eisenzoll zu erhöhen; aber wir machen das Vernünftige, das Notwendige nur dann, wenn die Opposition die Erhöhung des Gefrierfleischzolles zuläßt. Man muß sich natürlich fragen, wie das Eisen zum Gefrierfleisch kommt. Es muß aber auch gesagt werden, daß die Erhöhung des Gefrierfleischzolles für die Agrarier eine ganz unbedeutende Sache ist, denn der Gefrierfleischkonsum hat im Jahre 1925 etwas über 630 Waggons betragen, von denen über 350 Waggons in Wien abgesetzt wurden. Jeder weiß, daß für den Wiener Fleischmarkt, für den Wiener Viehmarkt die inländische Produktion ganz unbedeutend ist.

Im Jahre 1925 sind in Wien in Stück 19 Prozent des Schlachtviehes angeliefert worden, das der Wiener Markt überhaupt aufgenommen hat. Dabei wäre es aber falsch zu sagen, daß die heimische Landwirtschaft 19 Prozent des Viehes an den Wiener Viehmarkt geliefert hat, das hier geschlachtet wurde. Warum? Weil das Vieh, das aus dem Auslande kommt, mindestens um die Hälfte schwerer ist als das Vieh, das die heimische Landwirtschaft auf den Wiener Markt schickt. Die heimische Landwirtschaft ist beim Viehvieh, bei den Bernhardinern, wie die Fleischhacker sagen, die unter der Barriere durchlaufen, sehr stark vertreten, aber was das schwere Vieh, was das Mastvieh anbelangt, so sehen wir da wenige Repräsentanten der heimischen

Produktion auf unserem Viehmarkt. Es ist also die im Schlachtvieh gelieferte Fleischmenge sicherlich weit geringer als 19 Prozent, soweit die heimische Landwirtschaft in Frage kommt.

Es ist sicher, daß bei einer Erhöhung des Zolles auf Gefrierfleisch diese bisher konsumierten Mengen nicht mehr hereinkommen können. Ich halte das für selbstverständlich, weil ja die Preisschwankungen zwischen billigstem Rindfleisch und Gefrierfleisch im Sommer 1000 K betragen. Durch die Erhöhung des Zolles von sechs auf zwölf Goldkronen würde diese geringe Preisdifferenz in den Sommermonaten verschwinden. Wir würden also kein überseeisches Gefrierfleisch mehr nach Österreich bekommen, aber für Wien würde natürlich Ersatz durch einen stärkeren Bezug von ungarischem, jugoslawischem, rumänischem oder polnischem Vieh geschaffen werden. Die heimische Landwirtschaft würde diese Differenz auf dem Wiener Fleischmarkt nicht ersetzen, weil sie auch sonst nicht in der Lage ist, kräftiger anzuliefern.

Sachlich betrachtet, liegt hier also für die Landwirtschaft keine große Frage vor, aber es ist eine Fahrenfrage. Man will die Opposition zwingen, eine Zollerhöhung zuzulassen, die vom Standpunkte des Konsums absolut unannehmbar ist. Das Gefrierfleisch ist das einzige Fleisch, das noch halbwegs billig ist, es ist die letzte Zuflucht einer Familie mit geringem Einkommen. Ich will ja zugeben, daß die verbrauchte Menge an Gefrierfleisch nicht allzu beträchtlich ist, aber es sind eben wegen der zunehmenden Verarmung und der Verschlechterung des Lebensstandards der Fleischiesser überhaupt weniger in den letzten Jahren geworden. Es ist eine ungeheuerliche Zumutung, daß die Mehrheit, daß die Regierung, die zu regieren, sich also darum zu kümmern hat, daß die Verhältnisse in diesem Staate erträglich sind, eine notwendige und vernünftige Maßnahme von einer Konzeption abhängig macht, die sie der Minorität, der Opposition aufdrängen will. Es kann also keine Rede davon sein, daß man mit solchen Mätzchen zur Änderung des Zolltarifs kommen kann. Die Regierung hat Vorschläge zu machen, hat zu sagen, was notwendig, was vernünftig ist, und dazu müssen alle Parteien, dazu muß die Gesamtheit dieses Hauses Stellung nehmen. Aber, daß man auf diesem Wege versucht, Zolltarifpositionen zu erhöhen, indem man die Opposition zu einer Stellungnahme nötigen will, die wir als unmöglich bezeichnen müssen, das muß ausgeschlossen werden.

Und nun, hohes Haus, zum Initiativantrag Heiml. Dieser Antrag ist uns keineswegs sympathisch. Wir haben die Befürchtung, daß das Zollregime von der Regierung noch weniger gewissenhaft gehandhabt wird als bisher, weil sich die Regierung sagen wird: jetzt brauche ich ja nicht den großen Apparat in

Bewegung setzen, jetzt habe ich den Hauptausschuß und kann die Sache leicht, rasch und bequem, ohne sonderlich die Gemüter zu bewegen, erledigen. Wir haben ja schon Beispiele dafür. Das Haus hat dem Hauptausschuße sein Recht abgetreten, die Preise der Monopolverwaltungen zu bestimmen. Nun hat der Hauptausschuß dieses Recht wieder an die Regierung übertragen, gleich für einige Jahre, so daß, obzwar wir nach unserer Verfassung über die Monopolpreise zu verfügen haben, die Regierung jetzt eigentlich kontrollos die Monopolpreise bestimmen kann, weil sie dazu die Berechtigung hat. Also diese Art, wie hier die Rechte des Hauses preisgegeben, wie die Rechte des Plenums immer mehr und mehr ausgehöhlt werden, findet absolut nicht unsere Sympathien. Wenn wir nun doch für dieses Gesetz stimmen, so nur deshalb, weil wir — das muß zugegeben werden — uns namentlich im Verhältnis zu anderen Staaten in einer schwierigen Lage befinden und es doch möglich sein kann, daß rasch und unverweilt eine Entscheidung getroffen werden muß, mit der alle Parteien dieses Hauses einverstanden sein können. Und nur aus diesem Grunde, weil es doch hier und da vorkommen kann, daß eine solche Entscheidung notwendig ist, haben wir uns entschlossen, für dieses Gesetz zu stimmen, zumal wir auch die Möglichkeit haben, daß, wenn ein Viertel der Mitglieder des Hauptausschusses es verlangt, der Antrag im Wege einer Regierungsvorlage seine normale Erledigung im Zollausschuß und im Hause findet, wir also einen Mißbrauch dieser Bestimmung durch unser Veto verhindern können. Aber wir warnen die Regierung schon heute und auch die Mehrheit dieses Hauses, etwa zu glauben, daß wir zugeben werden, daß die Erledigung der Zollfragen normalerweise dem Hauptausschuße übertragen werden kann. Dagegen werden wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. Der Weg, den dieser Antrag weist, kann nur in Ausnahmefällen beschritten werden. Normalerweise muß die Behandlung dieser Anträge im Zollausschuß und im Plenum dieses Hauses vorgenommen werden und nur ausnahmsweise, wenn besondere Umstände die rasche Erledigung erheischen, werden wir zustimmen, daß dieser Weg über den Hauptausschuß beschritten wird. Wir möchten also heute schon feststellen, daß aus unserer Zustimmung zu diesem Gesetze für die Mehrheit nicht etwa das Recht abgeleitet werde, daß sie alle Zollfragen im Wege des Hauptausschusses bereinigen kann. Wir werden immer und immer unser Veto einlegen, wenn die Behandlung im Hause und im Zollausschuße ohne Gefährdung und Schädigung unserer Wirtschaft möglich ist. Nur in dieser Voraussetzung und mit diesem Vorbehalt stimmen wir für dieses Gesetz und betonen noch einmal, daß es höchste Zeit ist, die Behandlung der Zollfragen in einer anderen, dem Parlament und der Bedeutung der Sache ange-

messeneren und würdigeren Weise zu organisieren, als es bisher der Fall gewesen ist. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Das Bundesverfassungsgesetz wird in der vom Berichterstatter vorgetragenen Fassung mit der gemäß § 55 G. V. erforderlichen qualifizierten Mehrheit in 2. u. 3. Lesung angenommen.

Der nächste Gegenstand ist der Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (B. 499): Bundesgesetz, betr. die Änderung des Zuckerzolles (Zolltarifnovelle) (B. 520).

Berichterstatter **Seinl**: Ich habe die Ehre, namens des Zollausschusses über B. 520 Bericht zu erstatten. Die Regierung hat unter B. 499 eine Vorlage eingebracht, die eine Erhöhung des Zuckerzolles zum Zwecke des Schutzes des österreichischen Rübenbaues vorsieht. Im Zuge der Verhandlungen wurde nun sowohl von agrarischer wie von industrieller Seite der Wunsch geäußert, diese Zolltarifnovelle mit Rücksicht auf die wichtigen Verhandlungen, die in der nächsten Zeit in handelspolitischer Beziehung geführt werden, durch weitere Novellierungen zu ergänzen. Es hat sich aber in den Verhandlungen herausgestellt, daß diese zu keinem Ergebnis führen können, und es wurde daher nur einem kleinen Teil der Anträge Rechnung getragen. Es wurde die Regierungsvorlage ergänzt, soweit es sich um Nutz-, Zucht- und Jungvieh handelt, weiters um die Position 63, „Milch und Rahm“. Und von industrieller Seite wurde der Antrag gestellt, bei der Position 506, „Phosphate“, einen Zoll von 150 festzustellen.

Seitens der Opposition wurde gewünscht, daß anlässlich der Zollerhöhung eine Herabsetzung der Zuckersteuer in die Wege geleitet werden solle. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Herren Abg. Schiegl, Bötzler, Freundlich und Müller haben in der Beziehung einen Minderheitsantrag gestellt, der dem hohen Hause auch vorliegt.

Ich beantrage nun namens des Zollausschusses, den vorliegenden Ausschußbericht zur Kenntnis zu nehmen und die Ansätze, wie sie in der Vorlage gekennzeichnet sind, zum Beschlusse zu erheben.

Bötzler: Hohes Haus! Seit der 1. Lesung hat sich an unserem Standpunkt bezüglich des Zuckerzolles nichts geändert. Wir halten unseren Minderheitsantrag, wonach statt der Erhöhung des Zuckerzolles eine Herabsetzung der Zuckersteuer vorgenommen werden soll, aufrecht. Für die Rübenproduzenten, die da in Betracht kommen, hat das den gleichen Effekt. Um den Zuckerrübenbauern zu helfen, gibt es zwei Wege: Die Herabsetzung der Steuer oder die Erhöhung des Zolles. Es ist für uns ganz unmöglich, in einer Zeit, wo für die besitzenden Klassen Steuern herabgesetzt werden, dafür zu stimmen, daß die ärmsten Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land durch eine Erhöhung

des Zuckerpreises, die naturgemäß eintreten muß — auch wenn sie nur 9 g beim Kilogramm beträgt —, belastet werden. Wir haben im letzten Jahr eine Zuckereinfuhr von 1 Million Meterzentner gehabt. Das würde, wenn der Zoll beschaffen würde, in Zukunft eine Belastung der Bevölkerung von 12 Millionen Goldkronen bedeuten. Sie können uns unmöglich zumuten, daß wir gerade in einer Zeit der Wirtschaftskrise einer solchen Belastung zustimmen könnten.

Wir haben Ihnen unseren Minderheitsantrag vorgelegt und wohl motiviert. Sie gestatten mir nun, darzulegen, was die Zuckersteuer für die Regierung finanziell bedeuten würde. Der Zoll auf Zucker bringt der Regierung bei 742.000 Meterzentnern 6,140.880 S. Die Konsumsteuer von je 10 Goldkronen macht bei 742.000 Meterzentnern 10,684.800 S. aus. Die Konsumsteuer für den eingefuhrten Zucker — das sind 658.000 Meterzentner — wieder zu je 10 Goldkronen macht 9,475.200 S, die Warenumsatzsteuer für insgesamt 1,400.000 Meterzentner beträgt 4,480.000 S, so daß in summa 31,050.880 S herauskommen. Wenn man nun die Steuer ermäßigt, so ergibt das ein Minus von 12,096.000 S, so daß der Regierung noch immer über 19 Millionen Schilling verbleiben. Der Ausfall beträgt also im ganzen 12 Millionen Schilling. Wir sind der Meinung, daß dieser Weg der einzig mögliche ist, um der Wirtschaftskrise entgegenzutreten, nicht aber die Belastung der Bevölkerung mit dem Zuckerzoll. Durch die Arbeitslosigkeit sind ja gerade die ärmsten Teile der Bevölkerung betroffen, und die Leute, die die Arbeitslosenunterstützung beziehen, leben ja eigentlich ausschließlich von Kaffee. Zum Kaffee braucht man aber bekanntlich Zucker und Milch, und gerade für diese beiden Produkte soll heute der erhöhte Zoll beschaffen werden. Wenn Sie einwenden, daß der Zoll auf die Milch nicht fühlbar sein werde, so ist das auch nicht ganz richtig. Es steht außer allem Zweifel, daß sicherlich auch mit einer Erhöhung des Milchpreises zu rechnen ist.

Wenn wir uns die Arbeitslosenziffern nicht nur in Wien, sondern in allen Städten ansehen, dann können wir ermessen, was der Zuckerzoll gerade für diese Kreise bedeutet. Ich will nur runde Ziffern nennen. Wir haben 226.141 unterstützte Arbeitslose. Zu diesen müssen wir sicherlich noch 40.000 bis 50.000 Arbeitslose dazurechnen, die keine Unterstützung beziehen. Gerade diese 40.000 bis 50.000 sind die ärmsten Teufel und gerade sie trifft also die Steuer auf Zucker und Milch um so härter. Es wurde von uns schon bei der 1. Lesung und auch im Ausschuß festgestellt, daß wir die Steigerung des Rübenbaus und die Steigerung unserer Zuckerproduktion freudigst begrüßen. Ich kann aber nur das wiederholen, was ich im Ausschuß dargelegt habe, daß jetzt die Bevölkerung den schlechten Vertrag

bezahlen soll, den die Zuckerrübenproduzenten mit den Zuckerfabriken geschlossen haben. Wenn man mit irgendeinem Industriearbeiter redet — ich kann sagen, daß ich Hunderte solcher Gespräche geführt habe, diese Menschen verfolgen die Vorgänge ganz ausgezeichnet —, so sagt jeder: Ja, ich bitte, wer haßt denn uns, wenn wir einen schlechten Vertrag abgeschlossen haben? Es ist außer Zweifel, daß man, wenn Arbeiter eines Betriebes, die einen Kollektivvertrag haben, in Ausstand treten, sofort sagen wird: Das ist doch unerhört, Sie haben einen Kollektivvertrag und trotzdem treten Sie in den Ausstand? Genau so verhält es sich aber auch bei den Zuckerrübenproduzenten. Sie haben einen schlechten Vertrag und sagen nun, wenn der Vertrag nicht in irgendeiner Form geändert wird, wenn wir für unsere Rüben nicht mehr bekommen — ich verstehe das ganz gut —, werden wir einfach nichts anbauen. Sie tun also genau dasselbe, wie wenn Arbeiter in Streik treten, nur mit weit weniger Risiko, weil die Arbeiter immer fürchten müssen, daß sie am zweiten Tage nichts mehr zu essen haben. Die Zuckerrübenbauern dagegen brauchen sich einfach nur umzustellen. Es ist das gewiß nicht leicht, von heute auf morgen sich umzustellen, aber sicherlich haben die Bauern nicht das Risiko wie Industriearbeiter, die, wenn sie heute in einen Lohnkampf treten, am nächsten Tag nichts mehr zu essen haben. Diese Arbeiter aber und die anderen kleinen Konsumenten sollen nun den schlechten Vertrag auflösen. Sie können nicht verlangen, daß wir in Unbetracht dessen für die Vorlage stimmen. Auch wenn die Belastung, wie von den Herren der Mehrheit behauptet wird, nicht so groß wäre, wäre es den Vertretern der breiten Massen ganz unmöglich, für den Zuckerzoll zu stimmen.

Die Frage des Milchzolles ist für die konsumierende Bevölkerung in Stadt und Land von der größten Bedeutung. Wenn auch von agrarischer Seite behauptet wird, die Einführung des Milchzolles bedeute keineswegs einen Raubzug, sondern man wolle nur unsere heimische Milchproduktion schützen und fördern, so kann man ja momentan die Sache glauben, aber es wird einfach versucht, ob überhaupt ein Milchzoll möglich ist, und wenn es gelingt — beim Essen kommt bekanntlich der Appetit —, dann werden die Herren das nächste Mal schon weitergehen. Sie warten offenbar eine günstige Gelegenheit ab.

Wir müssen sagen, daß wir uns darüber freuen, daß sich unsere Milchproduktion wirklich so ungeheuer gehoben hat, wenn auch vielleicht der Konsum damit nicht gleichen Schritt gehalten hat. Das liegt in den schlechten finanziellen Verhältnissen gerade der städtischen Bevölkerung. Wir würden natürlich wünschen, daß wir in den Städten und Industriestädten bald wieder den Friedenskonsum erreichen. Es

ist sehr bedauerlich, daß wir heute gegenüber dem Frieden noch einen Unterkonsum zu verzeichnen haben; sicherlich ist die Wirtschaftskrise daran schuld.

Meine Herren! Ich muß Ihnen doch einige Daten vor Augen führen, aus denen zu ersehen ist, daß die Behauptung der Agrarier, daß die Sukzessionsstaaten uns mit Milch überschwemmen, nicht ganz richtig ist. Ich werde versuchen, Ihnen nachzuweisen, daß es in der Vorkriegszeit viel ärger war. Natürlich können Sie mir einwenden, daß das damals Inland war. Wenn man aber die einzelnen Ziffern in Betracht zieht, so sieht man, daß das Inland jetzt bedeutend mehr Milch in die Städte und Industriorte einliefert, als dies vor dem Kriege der Fall war.

Der tägliche Gesamteinlauf an Milch in Wien beläuft sich auf 770.000 Liter. Davon werden aus den Bundesländern rund 580.000 Liter zugeführt, von denen 480.000 Liter aus Niederösterreich stammen. Ungefähr 20.000 Liter werden mit Fuhrwerken aus der näheren Umgebung Wiens eingebracht und zirka 30.000 Liter bringen die Wiener Milchmeier auf. Aus dem Ausland werden insgesamt täglich 140.000 Liter eingeführt, davon aus Ungarn 115.000, aus Jugoslawien 5000 Liter und 20.000 Liter aus der Tschechoslowakei. Diese 140.000 Liter werden aber nicht nur nach Wien, sondern nach ganz Österreich aus allen Sukzessionsstaaten eingeführt, während Wien allein 770.000 Liter Milch täglich konsumiert.

Die Agrarier verlangen nun einen Milchzoll von 3 Goldfronen. Ursprünglich wollten sie einen gleitenden Zoll, den wir aber selbstverständlich abgelehnt haben. Wir haben den Herren Agrariern zu bedeuten gegeben, daß es für uns ganz ausgeschlossen ist, uns auf einen gleitenden Zoll einzulassen. Wenn wir der Bevölkerung eine Verteuerung der Milch erspart haben, so war dies ausschließlich durch unsere Haltung möglich. Die Herren Agrarier sagen: der Zoll wird außer Wirksamkeit treten, wenn die Milch über 3800 K steigt. Die Herren behaupten, in den Sukzessionsstaaten könne man billiger produzieren als bei uns. Sie werden nun der konsumierenden Bevölkerung niemals begreiflich machen, daß unsere Agrarier teurer produzieren, und wenn man die Löhne, die auf den Gutshöfen gezahlt werden, den Industriearbeitern vor Augen führt, dann verstehen sie nicht, warum bei uns um so viel teurer produziert wird als im Ausland und warum die breiten Massen in Stadt und Land dafür aufkommen sollen.

Wir haben es schließlich auch durchgesetzt, daß eine Kommission eingesetzt wird, um darüber zu entscheiden, ob es sich um vorübergehende Preissteigerungen durch außerordentliche Umstände handelt. In dieser Kommission werden die Landesregierung Wien, die Landwirtschaftskammer, die Wiener Kammer

für Handel und Gewerbe und die Arbeiterkammer vertreten sein. Wir erwarten, daß die Kommission sich dessen bewußt sein wird, daß es sich hier um den Schutz der Konsumenten, der breiten Massen der Bevölkerung handelt.

Ich will Ihnen nun die Ziffern der Milchanklieferung Wiens vor dem Kriege vor Augen führen, um zu beweisen, daß die Befürchtung der Agrarier hinfällig ist, daß die Anlieferung aus den Sukzessionsstaaten jetzt bedeutend geringer sei als vor dem Kriege. Im Jahre 1914 wurden nach Wien geliefert aus Niederösterreich 540.375 Liter Milch, aus Oberösterreich 1065 Liter, aus Mähren allein 188.760 Liter — gegenüber 140.000 Litern, die jetzt aus dem ganzen Auslande nach Wien kommen! —, aus Böhmen 4965 Liter, aus Schlesien 2300 Liter, aus Steiermark 1015, aus Ungarn 1175 Liter. Zusammen wurden im Jahre 1914 aus dem heutigen Auslande 300.000 Liter Milch nach Wien gebracht, während heute nur 140.000 Liter Milch aus dem Auslande kommen. Wie diese Ziffern zeigen, ist also die Behauptung der agrarischen Kreise, daß wir von ausländischer Milch überschwemmt werden, nicht richtig.

Wir würden es auch sehr gerne sehen, daß Wien und unsere Industriorte den Friedensmilchkonsum wieder erreichen. Im Jahre 1914 hatte Wien eine Milchanklieferung von 849.315 Liter. Dann kam das große Verbrechen des Weltkrieges. Im Jahre 1918 waren es nur noch 181.000 Liter, im Jahre 1919 72.000, im Jahre 1920 78.000, im Jahre 1921 95.000, 1922 163.000, 1923 394.000, 1924 621.000 und 1925 rund 742.000. Also noch immer ein Minus von 209.000 Litern gegenüber dem Jahre 1914, was sicherlich sehr bedauerlich ist.

Aus der Statistik läßt sich auch konstatieren, daß gerade in den Monaten, in welchen in Wien die Bauarbeiter Beschäftigung haben, sofort ein Ansteigen des Milchkonsums zu beobachten ist.

Der Rückgang des Milchkonsums ist, wie ich schon erwähnt habe, ausschließlich auf die furchtbare Industriekrise zurückzuführen, die in Wien und allen Industriorten herrscht. Wir sehen zum Beispiel, daß im Jänner die Anlieferung in Wien nur 653.000 Liter Bahnmilch, 20.275 Liter Milch, die per Achse nach Wien gebracht wird, und 33.300 Liter Milch, die auf der Bahn nach Wien transportiert wird, zusammen 707.000 Liter betragen hat, und das ist im Februar und März beinahe gleich geblieben. Dagegen sehen wir im April mit Beginn der Bauperiode ein Ansteigen auf 755.000 Liter, im Mai auf 780.000 Liter und das steigert sich bis auf 790.000 Liter. In jener Zeit, wo die Krise dadurch etwas gebannt wurde, daß die Gemeinde Wien eben baut und Tausende von Bauarbeitern hier Beschäftigung finden, sieht man sofort eine Steigerung bei den wichtigsten Nahrungsmitteln, wie bei Milch.

Ich möchte noch eine Behauptung widerlegen, welche von Großgrundbesitzern immer aufgestellt und von uns im Ausschusse widerlegt wurde. Es wird behauptet, daß vielleicht noch mehr Milch produziert werden könnte, daß aber bei den heutigen Produktionskosten nicht das Auslangen gefunden werden kann. Nur ist merkwürdig, meine Herren, daß die Steigerung der Einlieferung von Milch aus den einzelnen Bundesländern gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer zunimmt, was doch irgendwelche Ursachen haben muß. Wenn es nicht möglich wäre, die Produktionskosten zu erzielen, so kann ich mir nicht vorstellen, wie die Anlieferung der Milch von Monat zu Monat so ungeheuer steigen könnte. Wir begrüßen das, und wir können nur nicht verstehen, warum, obwohl die Produktionskosten angeblich so niedrig sind, die Steigerung in Steiermark, die vor dem Kriege 1000 Liter war, heute 20.000 beträgt, also die Anlieferung aus Steiermark um das 20fache gegenüber der Zeit vor dem Kriege gestiegen ist. In Oberösterreich hatten wir vor dem Kriege 1100 Liter, heute dagegen haben wir 15.000 Liter. In Salzburg hatten wir vor dem Kriege gar keine Anlieferung, während sich heute Salzburg sehr bemüht, für seine Milch Absatzgebiete zu finden. Es kann da also irgend etwas nicht stimmen; denn niemand ist dazu da, um daraufzuzahlen, am wenigsten die Großagrarien und die Großgrundbesitzer, die ja hauptsächlich bei dieser Sache in Betracht kommen. Wir werden ja zum Großteil von Großmolkereien beliefert, und die rechnen genau, damit sie nicht daraufzahlen. Wenn man sich trotzdem bemüht, das Wiener Absatzgebiet zu erobern — und das tut nicht nur die Umgebung, nicht nur Niederösterreich, sondern auch alle übrigen Länder —, dann können wir als Konsumenten eine derartige Behauptung einfach nicht glauben. Ich brauche nicht zu erwähnen, daß unsere Parteigenossen stets, seitdem wir im Parlament hier sitzen, und schon im Jahre 1897 für jede landwirtschaftliche Produktionsförderung gestimmt haben, auch in jedem Landtag, aber alles, meine sehr Verehrten, mit Maß und Ziel, und nur das, was die konsumierende Bevölkerung ertragen kann. Man kann nicht zu derselben Zeit Steuern für die Besitzenden herabsetzen und damit ausschließlich die Konsumenten belasten, speziell jene Konsumenten, die ich Ihnen geschildert habe und die zu den Arbeitslosen zählen.

Die Richtigkeit dessen, was ich von den Arbeitslosen gesprochen habe, kann ich durch eine ganze Menge Tatsachen erhärten. Die These, die seinerzeit aufgestellt wurde, es werde seit der Industriekrise weniger Fleisch und mehr Brot gegessen, ist längst falsch. Die Brotfabriken entlassen ihre Leute — überall wird abgebaut. Was ist nun die Ursache dieses Rückganges der Produktion? Es ist erklärlich, daß sich der Arbeitslose, der 160.000, 170.000 K bekommt und einige Kinder hat, unmöglich mit Brot satt essen kann,

er muß sich mit Kaffee und Kartoffeln nähren — das ist heute die Nahrung des Arbeiters. Es ist daher ganz unmöglich, daß wir für ein Gesetz stimmen können, das gerade die wichtigsten Lebensmittel der Bevölkerung verteuert.

Ich schließe, indem ich sage: Solange nur Zölle gemacht werden, die die breiten Massen in Land und Stadt treffen, solange sind wir nicht in der Lage, dafür zu stimmen, sondern wir werden im Gegenteil immer bestrebt sein, die Interessen der konsumierenden Bevölkerung zu wahren und nur denjenigen Lasten auferlegen, die auch in der Lage sind, sie wirklich zu tragen. *(Lebhafter Beifall.)*

Förmayer: Vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachte ich die Neuregelung der Zollpositionen als eine Staatsangelegenheit und nicht als eine Angelegenheit, die die Agrarier allein angeht. *(Sehr richtig!)* Die Wirtschaftskrise, in der wir uns jetzt befinden, bedingt, daß wir uns ernstlich mit allen Maßnahmen befassen, die geeignet sind, in dieser Wirtschaftskrise eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Die bisherigen Zollsätze haben sich unwirksam erwiesen, unwirksam für den Produzenten, unwirksam auch für den Konsumenten und in weiterer Folge unwirksam bei den Handelsverträgen. Bei den Verhandlungen mit dem Auslande haben wir klar und deutlich nicht nur erkannt, sondern auch verspüren müssen, daß unsere Zollpositionen kein geeignetes Verhandlungsinstrument geboten haben. *(So ist es!)* Es war im Jahre 1924, bei der Behandlung des damaligen Zollgesetzes, als die geehrte Opposition immer und immer wieder die Befürchtung ausgesprochen hat, daß eine schreckliche Teuerung eintreten werde. Wir freuen uns, heute konstatieren zu können, daß sich diese Befürchtungen nicht erfüllt haben, ja wir können im Gegenteile konstatieren, daß trotz des Zollgesetzes gerade die Preise der Agrarprodukte gefallen sind. *(So ist es!)* Und so glauben wir, daß auch diesmal durch die Regelung dieser Positionen, die heute in Verhandlung stehen, keine Teuerung eintreten wird, ja die Landwirte haben es in bezug auf Milch selbst gesagt, daß sie froh sind, wenn sie die derzeitigen Preise aufrechterhalten können.

Es wurde hier auch erklärt, daß die Leistungen, die die Landwirtschaft in den letzten Jahren hervor gebracht hat, Anerkennung finden. Wir freuen uns darüber und danken der Opposition für dieses Bekenntnis. Es ist nicht so leicht, wie es hier erklärt wurde, daß einfach, wenn ein Produktionszweig, zum Beispiel der Rübenbau, des Schutzes bedarf, man sich umstellen soll. Der geehrte Kollege Bölzer weiß ja zu gut, wie schwer es heute ist, unseren Rübenbau auf eine andere Produktion umzustellen, und wie sehr wir uns selbst bemüht haben, gerade den Rübenbau besonders zu fördern, weil er die Verringerung der Zuckereinfuhr ermöglicht und daher auch unsere Handelsbilanz günstig beeinflusst.

Die Landwirtschaft im allgemeinen und auch die Bauernschaft haben bewiesen, daß sie ein Verständnis für alle Maßnahmen aufbringen, die der Förderung der Produktion dienen. Ein Beweis dafür sind die ganz bedeutenden Steigerungen in den Ernteergebnissen, dank der Investitionen, die in den letzten Jahren gemacht wurden. Wenn darauf hingewiesen wird, daß trotz des niedrigen Zolles die Produktion sehr bedeutend gestiegen ist, so hatte dies seine Ursache darin, daß sich die Investitionen, die in den Jahren 1923 und 1924 in der Landwirtschaft gemacht wurden, erst jetzt auswirken. Es wäre ein großer Fehler, wenn bei der bestehenden Agrarkrise keine weiteren Investitionen mehr gemacht würden; in ein bis zwei Jahren würde dies einen bedauerlichen Rückgang der Ernteerträge zur Folge haben. Daher verlangen wir, daß die Zollpositionen, die wir in unseren Anträgen niedergelegt haben, im hohen Maße angenommen werden. Die Fortschritte der Landwirtschaft haben bewiesen, daß sie sich den Schutz verdienen.

Daß die jetzige Wirtschaftskrise nicht allein eine Agrarkrise ist, beweisen die Klagen von anderer Seite. Die Maschinenindustrie zum Beispiel, die sich vorwiegend mit der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen befaßt, klagt über einen schlechten Absatz. Warum? Weil eben die Bauern heute nicht über jene Barmittel verfügen, um die weiteren, noch notwendigsten Investitionen machen zu können. Die Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes ist leider heute keine derartige mehr, wie sie mit Rücksicht auf die Möglichkeiten von Investitionen wünschenswert wäre. Sehr viele Bauern des Flachlandes haben Melkvieh in den Stallungen stehen, das schon längst durch besseres Nutz- und Zuchtvieh ersetzt wäre, wenn der Bauer des Flachlandes in der Lage wäre, dem Gebirgsbauern Vieh abzukaufen, das bei gleicher Fütterung und Wartung höhere Milcherträge bietet. Die Ausweise der Genossenschaften zeigen, daß auch die Verwendung von Kunstdünger eine Verminderung erfahren hat. Wir bedauern dies. Selbst die Verwendung von anerkanntem Saatgut geht ganz bedeutend zurück. Unsere landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften müssen konstatieren, daß die Nachfrage nach anerkanntem Saatgut im heurigen Jahr eine bedauerlich geringe ist. Die Ursache ist, daß der Bauer nicht über die notwendigen Mittel verfügt, um anerkanntes Saatgetreide anzukaufen und damit seine Felder zu bestellen.

Wieweit das Ergebnis in der Landwirtschaft zurückgegangen ist, mögen Ihnen folgende Zahlen beweisen. Ich zitiere hier einen vom oberösterreichischen landwirtschaftlichen Verband errechneten Umsatz, also einer Körperschaft, bei der sich jedermann von der Richtigkeit der von mir angeführten Zahlen überzeugen kann. Es sind nur zwei Monate einander gegenübergestellt. Im Jänner 1925 war der Um-

satz 249.000 Kilogramm Getreide, welches einen Betrag von 121.184 S repräsentiert. Im Jänner 1926 war der Umsatz dank der guten Getreideernte des vorigen Jahres beinahe auf das Doppelte gestiegen, auf die Summe von 498.064 Kilogramm. Finanziell ist aber kein bedeutender Unterschied. Der Erlös für diese 498.064 Kilogramm war 134.360 S (*Hört! Hört!*), also kaum um 7000 S mehr als im Vorjahre für eine um die Hälfte niedrigere Getreidemenge. Es ergibt sich somit ein Durchschnittspreis des Getreides: im Jänner 1925 mit 48 g pro Kilogramm und im Jänner 1926 mit 27 g pro Kilogramm. Aus diesen Ziffern allein können wir ersehen, daß trotz der guten Ernte der Ertrag in der Landwirtschaft bedeutend zurückgegangen ist, das heißt, daß die erhöhte Menge durch den Preisfall, der zu verzeichnen ist, mehr als ausgeglichen wurde.

Umgekehrt müssen wir konstatieren, daß die Preise der verschiedenen Betriebsmittel in der Landwirtschaft gestiegen sind. Ich greife hier nur den Kunstdünger heraus. Im Jahre 1925 war der Preis des Kunstdüngers im Durchschnitt — es sind da alle drei Gruppen von Kunstdünger, Phosphat, Stickstoff und Kali, ermittelt — 12'8 g, im Jahre 1926 ist er bereits auf 16'3 g gestiegen, eine ganz bedeutende Steigerung.

Diese Tatsachen allein mögen Ihnen beweisen, daß es höchste Zeit ist, hier einzugreifen. Ich habe ja schon erklärt, daß es nicht ein einseitiges Interesse der Landwirtschaft ist, sondern daß es ein allgemeines Interesse ist, ja wir behaupten, daß es ein Staatsinteresse ist, wenn die Produktion, in der wir so erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen haben, durch verschiedene Maßnahmen geschützt wird. Wir glauben auch nicht, daß die Neuregelung der Zollpositionen irgendeine Beunruhigung der konsumierenden Bevölkerung mit sich bringen kann. Im Gegenteil glauben wir, daß unsere Bevölkerung um so beruhigter sein kann, je mehr sie die Sicherheit hat, vom Auslande unabhängig zu sein und vom Inlande voll versorgt werden zu können.

Wenn ich vom Staatsinteresse gesprochen habe, kann ich hier noch anführen — es ist das eine erfreuliche Erscheinung —, daß in unserer Handelsbilanz gerade auch infolge der günstigen Ernte eine Besserung eingetreten ist. Wir Landwirte sind nicht so eingebildet, zu behaupten, daß die günstige Entwicklung in unserer Handelsbilanz nur auf das Konto der Landwirtschaft zu buchen ist. Gewiß haben Industrie und Gewerbe auch ihren lebhaften und großen Anteil daran, aber es kann festgestellt werden, daß auch die Landwirtschaft dank ihrer Intensivierung und des günstigen Ernteertrages im abgelaufenen Jahre zu dieser Besserung wesentlich beigetragen hat. Im Jahre 1924 betrug das Defizit unserer Handelsbilanz 1081 Millionen Goldfronen;

es ist im Jahre 1925 auf 649 Millionen Goldkronen gesunken, ein gewiß erfreuliches Zeichen. Wir müssen somit alles tun, was auch weiterhin auf unsere Handelsbilanz im gleichen Sinne einwirken kann.

Wir glauben ferner, daß die Förderung der Produktion durch Schutzmaßnahmen auch die Steuerkraft festigt. Dies liegt wieder im Interesse der Allgemeinheit. Wenn der Bauer, wenn die Industrie und das Gewerbe steuerkräftiger sind, werden insbesondere auch all diejenigen, die vom Staate eine Besserstellung erwarten und gewiß mit Recht beanspruchen, viel leichter befriedigt werden können, als wenn die Steuerkraft im Staate geschwächt ist und anstatt daß dem Staate Gelder in größerem Ausmaße zufließen, diese Zuflüsse sich in immer vermindertem Ausmaße einstellen. Wir glauben, daß Steuerkraft einerseits, Kaufkraft und Konsumkraft andererseits in einer Wechselbeziehung zueinander stehen, daß beide voneinander abhängig sind. Der Bauer weiß es zu schätzen, wenn die städtische Bevölkerung konsumkräftig ist. Wir spüren es, ja auch heute, daß die Konsumkraft in den Städten nachgelassen hat und die Nachfrage nicht mehr so groß ist wie früher. Deshalb, glaube ich, müssen wir einen Weg suchen und betreten, der geeignet ist, beide Momente in ein richtiges Verhältnis zu bringen und allen Bevölkerungsgruppen die Grundlagen ihrer Existenz zu sichern.

Die berechtigten Klagen unserer Bauernschaft über den großen Steuerdruck haben, glaube ich, ihre Ursachen nicht allein in der Besteuerung selbst, sondern die Hauptursachen liegen in der verminderten Rentabilität, in der verminderten Einnahme aus den Wirtschaftsbetrieben. *(Zustimmung.)* Die Steuerleistung ist angesichts der heutigen Einkommensverhältnisse gewiß viel zu groß. Wir müssen darauf bestehen, daß jene Erleichterungen, die unseren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen, geschaffen werden. Die hohe Regierung hat sich ja der Notwendigkeit, hier helfend einzugreifen, nicht verschlossen. Wir haben schon eine Reihe von Jahren den sogenannten Kunstdüngercredit, gewiß eine sehr wirkungsvolle Einrichtung. Ich möchte aber heute die Gelegenheit benutzen, um anzuregen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, diesen Kunstdüngercredit zu einer ständigen Einrichtung zu machen, an Stelle des Kunstdüngercredits, der immer nur ein halbes Jahr läuft und dann wieder zurückgestellt wird, eine Art ständigen Genossenschaftsbetriebscredit zu setzen. Ich bin überzeugt, daß damit den Genossenschaften noch mehr als bisher geholfen wäre.

In letzter Zeit haben wir gehört, daß die Kredite für das Molkereiwesen gesichert sind. Es ist auch wichtig, daß unsere Milchwirtschaft gefördert wird, weil wir uns ja in den letzten Jahren auf die Milchwirtschaft ganz besonders eingestellt haben. Es

nützt aber nichts, diesen Zweig der Produktion in einseitiger Weise zu fördern, wenn wir nicht gleichzeitig auch für einen entsprechenden Schutz dieser Produktion in anderer Richtung Sorge tragen. Es liegt deshalb auch heute dem hohen Hause der Antrag auf Einführung des Milchzolls vor. Wir sind überzeugt und haben es ja auch bereits erklärt, daß dieser Milchzoll keine Verteuerung der Milch mit sich bringen wird, sondern wir sind, wie ich schon erwähnt habe, froh, wenn der bisherige Preis der Milch, der ja draußen auf dem Lande nicht viel mehr als 30 g beträgt, gehalten werden kann. Wenn Herr Kollege Pölzer erklärt hat, daß die Milch wegen der finanziellen Verhältnisse der Leute leider nicht in dem Ausmaße konsumiert werden kann, wie es wünschenswert wäre, so bezeichne ich die Richtigkeit dieser Ansicht. Wir glauben gerade, daß die Milch dasjenige Nahrungsmittel wäre, zu dem man greifen sollte, wenn die anderen Lebensmittel infolge der minderen Kaufkraft nicht gekauft werden können. Ich glaube, daß wir eine sehr lebhaft propagierte für den Milchkonsum entfalten müßten, um unsere Bevölkerung auf die besonderen Vorteile des Milchkonsums aufmerksam zu machen. Wir werden aber gerade der Milchproduktion und Milchverarbeitung unsere größte Aufmerksamkeit widmen, weil wir auf diesem Gebiete noch leistungsfähiger sind und wir die viel zu hohe Einfuhr an Molkereiprodukten, Butter, Käse und Butterfett im Werte von zirka 45 Milliarden ganz bedeutend herabdrücken, wenn nicht ganz aufheben können.

Was die Anlieferungen nach Wien anlangen, hat Herr Kollege Pölzer erklärt, daß hier etwas nicht in Ordnung sein müsse. Es ist alles in Ordnung, es wird eben mehr geliefert. Herr Kollege Pölzer weiß es so gut wie ich, daß sich gerade die kleinen Leute in den letzten Jahren auf die Milchwirtschaft eingestellt haben, weil sie so auf einer verhältnismäßig kleinen Grundfläche ihr Einkommen ganz bedeutend erhöhen können. *(Pölzer: Sie bestätigen nur, was ich gesagt habe!)* Ich bestätige es, aber nur glaube ich, daß es nicht richtig ist, wenn Sie gesagt haben, es müsse etwas nicht in Ordnung sein. Nur das will ich in Abrede stellen. Es ist alles in Ordnung. Die Tatsache aber, daß sich die Leute mehr auf die Milchproduktion eingestellt haben, wirkt sich erfreulicherweise auch in der Anlieferung nach Wien aus. Ich bin überzeugt, daß die Wiener nicht darüber beleidigt sind, daß jetzt soviel Milch nach Wien kommt, sondern sich im Gegenteil freuen, weil sie doch infolge der erhöhten Anlieferung höhere Forderungen in bezug auf die Qualität stellen können.

Die Notwendigkeit eines Zolls auf Nutz- und Zuchtvieh wird, glaube ich, allgemein eingesehen. Wenn wir auch zeitweise aus dem Ausland zwecks Blutaufrischung aus besseren Zuchten Vieh beziehen,

so will ich damit nicht sagen, daß Österreich auf diesem Gebiete noch zurück ist, im Gegenteil, wir haben schon die schönsten und besten Erfolge bei Nutz- und Zuchtvieh auch in unseren Alpengebieten aufzuweisen. Diese inländische Produktion an Zuchtvieh soll durch den erhöhten Zoll geschützt sein, weil wir eben schon in der Lage sind, erstklassiges Zuchtmaterial auf den Markt zu bringen.

Was den Superphosphatzoll anlangt, so scheint es im ersten Augenblick, daß sich die Landwirte eigentlich gegen ihn ablehnend verhalten sollten. Weil wir aber eben auch das Staatsinteresse zu würdigen wissen, erklären wir uns bereit, für den Superphosphatzoll zu stimmen. Wir können dies um so leichter, als uns ja Sicherungen von dieser Industrie dafür gegeben wurden, daß sie mit den Preisen billiger sein wird als das Zolllausland. Sie hat auch bereits 3 g beim Kiloprozent vom Preise nachgelassen und diesen Preis für zwei Jahre zugesichert. Zudem hat sich die Phosphatindustrie bindend erklärt, das Superphosphat um obigen Betrag frachtfrei allen österreichischen Bahnstationen zu liefern. Sie hat auch die Bindung übernommen, daß dann, wenn die Preise steigen sollten, auch der Zollsatz wieder aufgehoben werden kann.

Mit den heutigen Positionen sind selbstverständlich die Wünsche und Forderungen der Bauernschaft nicht erfüllt und wir behalten uns vor, in aller nächster Zeit die weiteren Positionen hier im Parlament zur Verhandlung zu bringen. Wir wissen, daß beim Getreide, insbesondere beim Roggen, der Zoll bereits unwirksam ist, weil der Zoll auf der Weizengrundlage aufgebaut ist. Wir sehen leider, daß der Konsum in Weizen, obwohl wir ihn nicht selbst voll decken können, immer mehr zunimmt, während der Konsum von Roggen, besonders von Roggenbrot, leider im Zurückgehen begriffen ist. Wir glauben, es wäre eine nationale Tat unserer Städte und unserer Konsumenten, wenn sie mehr zu dem bekömmlicheren und gesünderen Roggenbrot greifen würden. Da wir in Roggen den Bedarf bereits selbst decken können, ist es gerechtfertigt, daß ein entsprechender Zollsatz auf diese Position kommt.

Bezüglich des Schlachtviehes, Fleisches, Gefrierfleisches und Fleischwaren, der Wollereiprodukte usw. werden wir dem Hause dann ebenfalls unsere Anträge überreichen. Wir hoffen heute schon zuversichtlich, daß alle diese Positionen, deren Erhöhung mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft notwendig ist, hier die entsprechende wohlmeinende Behandlung erfahren werden.

Ich möchte noch erklären, daß es uns nicht darauf ankommt, vielleicht irgendwie Positionen zu erpressen oder mit Drohungen vorzugehen. Nein, wir haben es immer wieder bewiesen, daß wir in ruhiger, aber sachlicher und entschiedener Weise unsere berechtigten Forderungen hier im Hause vor-

bringen und verteidigen und trachten, sie zur Annahme zu bringen. Von einem Zwingen der Opposition kann absolut keine Rede sein, sondern wir appellieren bei jeder Gelegenheit an das gute wohlverstandene Interesse, aber auch an das Verständnis, das man hier im hohen Hause der Landwirtschaft immer wieder entgegengebracht hat. (*Schneidmahl: Glauben Sie, daß die Regierung die Handelsverträge kündigen wird?*) Es wird Gelegenheit sein, auch über die Positionen, die in den jetzigen Handelsverträgen festgelegt sind, mit dem betreffenden Ausland zu sprechen. Das haben ja auch die anderen Staaten gemacht und ich zweifle nicht daran, daß auch hier mit der Zeit wieder eine Änderung eintreten wird. Allerdings werden die jetzt gebundenen Positionen momentan nicht zu ändern sein, aber mit Rücksicht darauf, daß wir die Positionen hier schon geändert haben, wird es die Frage von Verhandlungen mit dem Zolllausland sein, bei den Handelsverträgen bessere Positionen zu schaffen. Wenn man sagen und uns vorwerfen würde, daß wir schon im Jahre 1924 unsere ersten Gedanken bezüglich der niederen Zollsätze gehabt haben, so hat eben unser zähes Festhalten an höheren Zollsätzen die Verhandlungen soweit hinausgeführt. Die Verhandlungen dauerten damals ein halbes Jahr. Wir wollten schon damals bedeutend höhere Zollsätze, da sie aber im hohen Hause nicht durchzusetzen waren, mußten wir uns mit dem kleineren Erfolge zufrieden geben, weil wir uns damals sagten: der Sperling in der Hand ist uns lieber als die Taube auf dem Dache.

Die agrarischen Vertreter des hohen Hauses haben es damals, im Jahre 1924, gewiß nicht an ihrem Einfluß fehlen lassen, um höhere Positionen zu erreichen; die Verhältnisse ließen es aber nicht zu. Heute sehen wir das allgemein ein und hoffen zuversichtlich, daß diesmal im hohen Hause auch das entsprechende Verständnis dafür aufgebracht wird. Ich ersuche das hohe Haus, den Positionen, wie sie hier zur Beschlußfassung vorliegen, seine Zustimmung zu geben. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)

Almann: Hohes Haus! Aus dem reichhaltigen Programm der Zollwünsche haben wir heute einen kleinen Teil herausgegriffen, um ihn zu beraten und zu beschließen. Wir haben ja schon verschiedene Wünsche vernommen, die in einem großen, einem kleinen und in dem heute zur Verhandlung stehenden kleinsten Programm zusammengefaßt wurden. Was die Landwirtschaft anlangt, so hat sich mein unmittelbarer Herr Vorredner eingehend damit beschäftigt. Ich möchte mich daher mit den Industriezöllen befassen und in erster Linie den Zuckerzoll herausgreifen.

Ich brauche nicht zu betonen, was heute auch schon mehrere Redner gesagt haben, daß es uns am liebsten wäre, die Zollmauern allseits abzubauen, von der Schutzzollpolitik zum Freihandel überzugehen. Aber man muß es immer wieder sagen, daß das ja nicht in unser Belieben gestellt ist und daß wir uns nach den anderen richten müssen. Wenn die anderen eben nicht wollen und wenn sie uns unter Zwang setzen, dann müssen wir unseren ehrlichen, guten Willen aufgeben und die Hochschutzzollpolitik mitmachen.

Was den Zuckerzoll betrifft, so ist hier der Schutz eine absolute Notwendigkeit und seine dringliche Behandlung gegeben, weil wir die Zuckerrübenbauern in die Lage versetzen müssen, schon jetzt zu beurteilen, wie sich die Verhältnisse bezüglich des Anbaues und der Zuckerkampagne im Herbst gestalten werden. Wir müssen aber auch die Zuckerfabriken in die Lage versetzen, sich rechtzeitig für die volle Ausnutzung ihrer Kapazität beim Einsetzen der Kampagne vorbereiten zu können. Alles das setzt aber voraus, daß die in dem tschechischen Handelsvertrag gelegene Bindung abgebaut, beziehungsweise gekündigt wird — es ist eine dreimonatige Frist vorgesehen — und daß über diese Positionen neue Vertragsverhandlungen eingeleitet werden.

Wenn der Herr Redner der Opposition meinte, man könnte diese Frage am einfachsten dadurch lösen, daß man die Zuckersteuer von 10 auf 4 Goldkronen herabsetzt, so möchte ich dazu bemerken, daß dies eine unmögliche Gangart ist. Denn durch diese Ermäßigung der Zuckersteuer würde sich für den Staat ein Entgang von 6 Millionen Schilling, 60 Milliarden Kronen ergeben. Begrüßenswert wäre es selbstverständlich, denn dies käme einer ganz besonderen Industrieförderung gleich. Aber woher soll der Staat die Mittel nehmen, um die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu decken. Wenn er die Zuckersteuer herabsetzt und dadurch gleich 60 Milliarden verliert, dann muß er sie auf anderen Wegen durch Umlagen und Steuern hereinzubringen trachten. *(Pölzer: Von anderen Schichten der Bevölkerung!)* Wenn Sie von Schichten sprechen, so haben wir heute schon Schichten, die insgesamt keine Belastung mehr tragen. *(Pölzer: Offenbar die Zuckerfabriken eher als die arme Bevölkerung!)* Ich bitte, sehr verehrter Herr Kollege Pölzer, im Jahre 1919 oder 1920 — weil Sie mich durch einen Zwischenruf unterbrechen — unter der Regierung Renner, damals, als Sie die Verantwortung für die regelrechte Führung des Staatshaushaltes trugen, haben Sie die Zuckersteuer erhöht, und soviel ich aus den Protokollen entnommen habe, war damals der Herr Abg. Dr. Bauer der Referent. Heute, wo die Verhältnisse dieselben sind, aber wo Sie nicht mehr die Verantwortung für die geregelte Führung des Staatshaushaltes tragen, meinen Sie, eine so

schwerwiegende Frage glatt durch Herabsetzung der Steuer lösen zu können. Im vorliegenden Falle handelt es sich nicht allein um eine Förderung, sondern in erster Linie, wie mit allem Nachdruck betont werden muß, um einen Schutz, weil unsere Rübenbauern und die Zuckerindustrie nicht bestehen können, wenn sie nicht gegen die Konkurrenz des Auslandes geschützt werden. Ich betone, wir würden es begrüßen, wenn die Regierung in der Lage wäre, nebst der Erhöhung des Zuckerzolles auch noch die Industrieförderung durch Herabsetzung der Zuckersteuer durchzuführen. Das wäre natürlich das wünschenswerteste. Nachdem das eine aber nicht geht und das andere eine dringende Notwendigkeit ist, müssen wir uns eben damit begnügen. Im übrigen erreichen wir durch den neuen Zuckerzoll erst jene Höhe, welche heute schon das Deutsche Reich hat; es ist also keine exorbitante Erhöhung, und diese Erhöhung wird, wie ich Ihnen wohl auf Grund der Berechnungen sagen darf, sich im Zuckerpreis nicht wesentlich auswirken. Sie wird sich auch in der Gesamtlebenshaltung, den selig entschlafenen Jünger hergenommen, überhaupt nicht auswirken. Dann darf man, meine sehr Verehrten, doch auch nicht glauben, daß, wenn die finanzielle Sanierung von allen Schichten der Bevölkerung ungeheure Opfer gefordert hat, jetzt der Aufbau der Wirtschaft vielleicht leichter und ohne Opfer vor sich gehen wird. Ich bin sogar der Meinung, daß die Opfer des wirtschaftlichen Wiederaufbaues noch größere sein werden. Wenn wir den Willen zum Leben haben und es durchsetzen wollen, dann dürfen wir vor Opfern nicht zurückschrecken, und ich meine, eines der geringsten Opfer dürfte wohl die Erhöhung des Zuckerzolles sein.

Die zweite Frage, die ich behandeln möchte, ist der Zoll auf Superphosphate. Ich habe schon gelegentlich der 1. Lesung betont, daß wir eine einzige große Fabrik im Bundesgebiete haben, welche sich mit der Erzeugung von Superphosphaten befaßt. Sie ist imstande, den gesamten Inlandsbedarf zu decken, kann aber heute ihre Kapazität nicht ausnutzen, weil sie gar nicht geschützt ist. Superphosphate sind frei, und daher werfen Italien, Polen, Tschechien und Ungarn ihre Massenerzeugnisse ohne Anstand zu niederen Preisen herein. Natürlich wird mir die Landwirtschaft einwerfen: Das wird ja wieder eine Verteuerung unserer Düngemittel zur Folge haben. Ich habe mich aber gestern noch einmal überzeugt und mir bestätigen lassen, daß durch diesen Zollschutz eine Verteuerung des Düngemittels gegenüber dem jetzigen Preise unter gar keinen Umständen eintreten wird, und diese Zusage bitte ich festzuhalten. Aber andererseits handelt es sich hierbei nicht nur um das Wohl und Wehe einer für uns wichtigen Industrie, sondern auch schließlich und endlich um den Bestand der

Fabrik und um die Arbeitsmöglichkeit für 1600 Menschen. Das ist keine Kleinigkeit, und wenn wir den Zeitpunkt versäumen, diese Industrie lebensfähig zu erhalten, und durch Vernachlässigung der rechtzeitigen Gewährung eines Schutzes die Fabrik zum Stillstand bringen, dann fallen 1600 Menschen der Arbeitslosigkeit anheim und vermehren das ungeheure Heer der Arbeitslosen.

Das wären die zwei Industriezölle, die wir heute zu beschließen haben. Naturgemäß bestehen Wünsche sonder Zahl, und ich möchte nur einige davon heute wiederholen. Vor allem kämpft die Textilveredlungsindustrie einen außerordentlich schweren Existenzkampf durch. Die Verhältnisse, die seit meinen Ausführungen bei der 1. Lesung sich entwickelt haben, hatten wieder Betriebsverminderungen, Betriebsrückgänge zur Folge, und wenn wir nicht endlich einmal dazu kommen, hier regelnd einzugreifen, so wird auch die Textilveredlungsindustrie den Weg alles Irdischen gehen. Damit verlieren wir wieder nicht nur eine hochentwickelte Industrie, sondern wir zwingen Bodenständige hochqualifizierte Facharbeiter, außer Landes zu gehen, wir verlieren eine hochqualifizierte Arbeiterschaft und kriegen sie nie mehr wieder, denn wenn solche Fabriken einmal zum Stillstande gekommen sind und das erbeingeseffene und gut geschulte Personal mangels jeder Beschäftigung zum Auswandern gezwungen ist, dann ist es mit diesen Fabriken vorüber, denn aus dem Auslande bekommen wir die Leute nicht mehr zurück.

Ein krasses Beispiel, wie es der Textilindustrie geht, ist auch die Kunstseidenfabrik in St. Pölten, die einzige, die wir in Österreich besitzen, deren Erzeugnisse vollständig ungeschützt sind und die in der Lage wäre, den gesamten Inlandbedarf zu decken, die aber natürlich mit den Erzeugnissen, mit denen unser Land von Italien, namentlich von der Fabrik in Padua, überschwemmt wird, absolut nicht mehr standhalten kann. Diese Fabrik hat 3600 Arbeiter beschäftigt, heute hat sie nur mehr 2800, nahezu 1000 sind abgebaut, und wenn wir nicht bald eingreifen, dann werden abermals 1000 verschwinden, so geht wieder eine Riesenziffer arbeitender Menschen verloren und vermehren das Heer der Arbeitslosen. Man muß bedenken, was so eine Fabrik leistet. Sie zahlt wöchentlich Löhne im Ausmaße von 800 Millionen bis 1 Milliarde, sie ist eine der größten Steuerträgerinnen der Industrie. Wenn wir uns diese Ziffern vergegenwärtigen und in Betracht ziehen, daß auch der Staat um riesige Beträge in seinen Einnahmen verkürzt wird, ist es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, zu untersuchen, wie die Verhältnisse liegen und dann unverweilt die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, um den Untergang derart hochentwickelter Industrien hintanzuhalten.

Eine sehr umstrittene Frage ist jene der Eisenzölle. Sie ist bedauerlicherweise heute nicht zur Verhandlung gekommen. Es wurde heute ein Antrag eingebracht, den ich aus dem Grunde mitgefertigt habe, weil ich mich nicht mitschuldig machen will, daß aus einem Versäumnis heraus viele Tausende von Arbeitnehmern in der nächsten Zeit vielleicht brotlos werden; wenn wir die Urproduktion des Eisens nicht schützen, wird unweigerlich die Reduzierung und schließliche Einstellung der Betriebe erfolgen.

Der Herr Präsident Eldersch hat gelegentlich von Verhandlungen einst goldene Worte gebraucht. Er hat gemeint: Sind die Eisenzölle notwendig, sind sie eine wirtschaftliche Notwendigkeit, dann werden sie gemacht, oder sie sind keine wirtschaftliche Notwendigkeit, dann eben nicht. Aber daß wir die Eisenzölle dazu benutzen lassen, um von uns andere Positionen zu erpressen, das werden wir nie und niemals zulassen. Diese Worte habe ich mir wohl gemerkt, und ich hätte mir gewünscht, daß das Gold dieser Worte auch echt sei. Aber die nachfolgenden Verhandlungen haben das gerade Gegenteil ergeben. Denn ich konnte dann entnehmen, daß doch Kompromisse abgeschlossen wurden, die eine Ermöglichung der Zollerhöhung gewährleisten haben, und zwar derart, daß mit den Zollfragen die Frage der Erledigung des Kollektivvertrages der Land- und Forstarbeiter in Niederösterreich verquickt wurde. Was ein Kollektivvertrag mit Zollfragen zu tun hat, darüber bin ich mir nicht klar. Weiters wurde das Inlandarbeiterschutzesgesetz bemängelt und auch da gefordert, daß es den Wünschen der Opposition entsprechend abgeändert wird. Das kann ich viel eher verstehen, weil mit der Industrieförderung, mit dem Schutze der Industrie schließlich und endlich der Schutz der Arbeiterschaft Hand in Hand geht. Aber gänzlich unverständlich ist mir die dritte Forderung, die ich da staunend vernommen habe, daß schließlich auch die Landarbeiterordnung, die der burgenländische Landtag beschlossen hat, im Sinne dieses Beschlusses von der Regierung genehmigt werden soll. Das sind Dinge, die ich beim allerbesten Willen in gar keinen Zusammenhang mit Wirtschaftsfragen, mit Zollfragen bringen kann. Von dem ursprünglichen Golde, welches ich so gerne den Worten des Herrn Präsidenten beigemessen hätte, ist schließlich und endlich nur Blech übriggeblieben. So kann man Wirtschaftsfragen nicht lösen. Man kann nicht der Gesamtheit dienen wollen und Sonderwünsche, auch einzelner Parteien, dabei in den Vordergrund schieben. Wenn es sich um das Wohl und Wehe des Ganzen handelt, dann muß der einzelne, dann muß die Partei zurücktreten. Ohne das ist es nicht zu machen. Ebenso wenig finden wir es wünschenswert, daß die Behandlung der Zollfragen jetzt regellos vor sich geht, daß

einzelne Industriezweige und Branchen ihre Wünsche bekanntgeben, daß sich dann der Zollausschuß und die Regierung oder jetzt die Regierung und der Hauptausschuß der Frage bemächtigen und einfach entsprechende Maßnahmen treffen. Damit kann ich mich auch nicht einverstanden erklären. Wir werden sonst aus einem, wie ich ohne weiteres zugebe, unbrauchbaren Zolltarif ein Flickwerk schaffen, in dem sich schließlich und endlich kein Mensch auskennen wird. Die ungeheuer schwierige und weit verzweigte Materie der Zollfragen muß einheitlich angepackt und auch einheitlich geregelt werden. Es ist unmöglich, daß man den einzelnen Branchen oder gar einzelnen Personen Rechnung trägt. Das muß schon von einer Stelle aus konzentrisch behandelt werden, die, über den Parteien stehend, in der Lage ist, die Sache objektiv zu betrachten und das anzuordnen, was nicht nur im Interesse der betreffenden Industrie oder Landwirtschaft usw. gelegen ist, sondern im gleichen Maße auch auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit Rücksicht nimmt. *(Lebhafter Beifall.)*

Dr. Schönbauer: Hohes Haus! Als Vertreter des Landbundes halten wir uns verpflichtet, bei dem vorliegenden Gesetzentwurf auf Umstände aufmerksam zu machen, die bisher in der Debatte wohl zu wenig berücksichtigt worden sind. Mit der Vorlage versucht man in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob mit der Gesetzgebung des vorliegenden Entwurfes ein bedeutender Schutz der landwirtschaftlichen Produktion erzielt wäre. Dem ist aber nicht zuzustimmen, wenn man diesen Gesetzentwurf einigermaßen kritisch beleuchtet. Die erste Frage, die hier eine Rolle spielt, ist die Erhöhung des Zuckerzollens. Ich habe schon bei der 1. Lesung darauf aufmerksam gemacht, daß diese Erhöhung des Zuckerzollens solange keine Auswirkungen auf den Preis der Zuckerrübe haben kann, als die vertraglichen Bindungen mit der Tschechoslowakei fortbestehen. Nun ist uns zwar bekannt, daß die Regierung mit der Tschechoslowakei neue Verhandlungen begonnen hat, aber es ist sehr die Frage, wann und in welcher Weise die Tschechoslowakei bereit ist, auf diese Bindungen zu verzichten. Eine Kündigung des gesamten Handelsvertrages kommt aber, wie wir hören, bei der Regierung nicht in Frage, weil sie kein Vakuum weil sie keinen Zustand eintreten lassen will, in dem mit der Tschechoslowakei kein Handelsvertrag bestünde. Daher ist es also noch ganz unsicher, wann diese Zollerhöhung gegenüber der Tschechoslowakei wirksam sein wird. Da aber 90 Prozent der gesamten Einfuhr aus der Tschechoslowakei stammen, so ist vorläufig eine Rückwirkung dieses Gesetzes auf den Zuckerrübenbau nicht abzusehen. Die unmittelbare Wirkung wird folgende sein. Da die Tschechoslowakei bei dem günstigen Zollsatz liefern kann, so wird damit die Einfuhr aus anderen Ländern unterbunden werden, und

es wird die Tschechoslowakei eine Art Importmonopol für den Zucker erhalten, da sie zu demselben Zolle weiterhin solange einführen kann, bis eine neue Position vertraglich vereinbart ist.

Damit im Zusammenhange steht auch die Nachtragsabgabe, zu deren Einhebung der Minister ermächtigt wird. Der Bundesfinanzminister ist vorläufig der einzige, der einen sicheren Gewinn aus dieser Gesetzesvorlage erhält; denn er wird ermächtigt, für je 100 Kilogramm Reingewicht eine Nachtragszahlung von 8 S 64 g einzuhoben. Die Folge wird sein, daß im Kleinverkaufe der Zucker nach Einhebung der Nachtragsabgabe etwa um 1000 K teurer sein wird. Die Verbraucher werden unmäßig auf die Zuckerrübenbauern schimpfen, die den Preis erhöht haben. In Wirklichkeit aber kann von dieser Nachtragsabgabe, wenn sie jetzt zur Einhebung kommt, dem Produzenten, der schon abgeliefert hat, nichts mehr zugute kommen. Es ist darum notwendig, daß wir von der Regierung die Zusage erhalten, die einfließende Nachtragsabgabe und die erhöhten Zolleingänge unmittelbar dem Zuckerrübenbau zuzuführen, sowie wir dies schon von der Regierung bei der 1. Lesung verlangt haben.

Betrachten wir nun die Auswirkungen des sozialdemokratischen Antrages, der darauf hinausgeht, daß die Zuckersteuer herabgesetzt werden soll, so ist darauf hinzuweisen, daß auch hier die tschechoslowakische Bindung eine Auswirkung insofern verhindern würde, weil ja darin enthalten ist, daß die Differenz zwischen Zuckerzoll und Zuckersteuer nur 6 Goldkronen betragen darf. Infolgedessen würde der Zoll auch gegenüber der Tschechoslowakei automatisch ermäßigt werden, und die Folge wäre ein erhöhter Zuckerimport, der vielleicht zu einer Verbilligung des Zuckers beim Konsumenten führen würde, aber sicherlich keine Maßnahme wäre, der dem Zuckerrübenbau unmittelbar eine Aufbesserung brächte.

Es besteht aber zugleich auch für den Zuckerrübenbau die Gefahr, daß der Superphosphatzoll, der in derselben Vorlage enthalten ist, sich ungünstig auf die Produktionskosten auswirkt, wenn hier nicht Vorkehrung getroffen wird, daß keine Preiserhöhung eintritt. Diese Preiserhöhung hintanzuhalten ist, glaube ich, nur möglich, wenn ein entsprechender Passus in das Gesetz selbst aufgenommen wird, denn der Hinweis auf das zollpolitische Ermächtigungsgesetz ist wohl nicht am Platze; denn darin heißt es, daß die Sätze des Tarifs abgeändert werden können, wenn die inländische Erzeugung durch die Einfuhr ernstlich bedroht erscheint oder handelspolitische Gründe dafür sprechen. Das kann sich aber für unseren Fall nur darauf beziehen, daß die Superphosphaterzeugung durch die Einfuhr aus dem Ausland ernstlich bedroht würde. Es könnte dann unter den Voraussetzungen, die im Gesetz

gegeben sind, eine Erhöhung des Superphosphatzolles erfolgen. Der Gesetzeswortlaut bietet keine Handhabe dafür, daß der Hauptausschuß eine Ermäßigung des Superphosphatzolles in diesem Falle beschließen könnte, wenn eine Preiserhöhung eintrete. Die Bindung, die die Fabrik gegenüber dem Ministerium übernommen hat, ist rechtlich nicht verpflichtend, und es erscheint mir darum notwendig, daß hier eine solche in dem Gesetze selbst vorgesehen werde. Wenn also aus den vorgeschlagenen Maßnahmen wirklich ein Schutz für den Zuckerrübenbau herauskommen soll, dann ist es nötig, das hier festzulegen. Ich weiß, daß unverbindliche Versprechungen gegeben worden sind. Es erscheint aber wohl nötig, daß das auch vom Parlamente selbst in einem Beschlussantrag oder auf eine ähnliche Weise festgelegt wird, und darum erlauben wir uns, einen Entschliefungsantrag zu stellen, welcher lautet (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit Rücksicht auf die vertragsmäßigen Bindungen gegenüber der Tschechoslowakei dem notleidenden Zuckerrübenbau bis zur Auswirkung der Zollerhöhung unmittelbare Hilfe zuzuwenden.“

Nur unter dieser Voraussetzung, sage ich, hat der Zuckerrübenbau wirklich eine Unterstützung aus der Gesetzgebung des vorliegenden Entwurfes zu erhoffen. Dies haben wir schon bei der 1. Lesung dargelegt. Es ergibt sich die Notwendigkeit, noch einmal darauf zurückzukommen, weil wir bisher wenigstens eine ganz bestimmte Zusicherung in dieser Richtung nicht gehört haben.

Die zweite Zollposition, die hier abgeändert werden soll, ist die für Zucht- und Nutzvieh. Nun glauben wir, daß die Änderung dieser Position allein für sich kaum einen nennenswerten Nutzen bringen kann, wenn sie nicht unbedingt mit einer Änderung der Zollposition für Schlachtvieh und für Fleisch verbunden wird. Denn es ist naturgemäß — da die Ausfuhr von Zucht- und Nutzvieh immer schwerer wird — der inländische Markt in erster Linie von Bedeutung. Für den inländischen Markt ist es aber entscheidend, ob für Schlachtvieh ein entsprechender Preis erzielt werden könne, so daß der Bauer der Ebene Nutzvieh aus dem Gebirge ankaufen kann. Darum erscheint es uns nötig, diese Zollpositionen unmittelbar mit einer Reihe solcher zu verbinden, die im Zusammenhange damit stehen. Es ist uns ja verkündet worden und wurde von allen Seiten anerkannt, daß diese Anträge darauf hinausgehen, einerseits die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, andererseits aber auch ein geeignetes Handelsvertragsinstrument zu schaffen. Aus diesem Grunde erscheint es uns nötig, hier unmittelbar jene Sätze hineinzunehmen, die für die Landwirtschaften ohne Unterschied der Betriebsgröße in erster Linie für die Rentabilität maßgebend sind. Hierher

gehören, wie erwähnt, vor allem das Schlachtvieh und darunter wieder besonders die Schweine, hierher gehören die Pferde, die heute unter einem ganz ungenügenden Schutz stehen, hierher gehören die Molkereiprodukte und tierischen Produkte, insbesondere Geflügel, Eier und Naturbutter. Ebenso ist es, wenn man wirklich die Absicht hat, sowohl die inländische Produktion zu fördern wie auch für Handelsvertragsverhandlungen ein besseres Instrument zu schaffen, unbedingt nötig, sofort einen Schutz für Kartoffeln und Gemüse hineinzunehmen.

Was den vorgeschlagenen Zoll für Milch betrifft, so können wir mit Genugtuung darauf verweisen, daß die Argumente, die wir vor zwei Jahren vergeblich für die Notwendigkeit der Einführung eines Milchzolles angeführt haben, nun wenigstens bei einem großen Teile der Mitglieder des Hauses Anerkennung finden und daß nun ein Milchzoll ungefähr in der seinerzeit vorgeschlagenen Höhe beschlossen werden soll. Wogegen aber hier eine Einwendung erfolgen muß, das ist die Anmerkung, die zu Nr. 63, zum Milchzoll, gemacht worden ist, und zwar aus mehreren Gründen: Erstens erscheint es uns außerordentlich bedenklich, daß hier die automatische Außerkräftsetzung des Zolles beschlossen wird, wenn der Preis 38 g überschreitet. Die absolute Angabe eines Preises für eine zukünftige Zeit ist im höchsten Grade bedenklich, denn niemand kann die Produktionskosten, vor allem die relative Teuerung aller anderen Artikel vorauswissen. Dazu kommt, daß hier nicht etwa ein Gleiten des Zolles bei einem Preise von 38 g vorgesehen ist, sondern daß im Gegenteil der Zoll sofort außer Kraft gesetzt werden soll. Alle Händler nun, die bedeutende Mengen Milch aus dem Auslande beziehen, müssen dadurch den unmittelbaren Anreiz erhalten, den Milchpreis etwas ein klein wenig über 38 g hinaufzutreiben, damit der Zoll außer Kraft trete, denn sie haben dann gegenüber dem Zustand, daß der Zoll vorhanden wäre, einen Gewinn. Darum besteht die Gefahr, daß der Milchzoll und die Anlieferungsmenge Gegenstand der Spekulation werden, daß der Großhandel entscheidend wird und insbesondere jener, der bis jetzt seine Milch aus dem Auslande bezieht und Verträge mit ausländischen Produzenten hat, die noch längere Zeit laufen, den Preis, wie gesagt, derart beeinflussen wird, daß er etwas, wenn auch nur ein wenig, über 38 g zu stehen kommt, weil dadurch dann der gesamte Zoll außer Wirksamkeit gesetzt wird. Es kommt noch hinzu, daß sich die Fassung der Anmerkung so darstellt, als ob der Zoll für immer außer Wirksamkeit träte, wenn der Preis mehr als 38 g beträgt. Sinngemäß wäre es nur gewesen zu sagen: „... für die Zeit, in der — der Preis — beträgt...“, denn sonst könnte bei einer übelwollenden Auslegung dieser Anmerkung gesagt

werden: bei einem Preis von über 38 g tritt der Zoll automatisch außer Kraft, und die Folge wäre dann, daß er erst neuerdings eingeführt werden müßte. Gegen eine solche Auslegung würde ein anderer Wortlaut als der vorgeschlagene eine Sicherung darstellen. Mit der Milch zusammen aber müßten zugleich auch die anderen tierischen Produkte unbedingt geschützt werden, denn ihr Preis hängt innig mit jenem der Milch zusammen. Wir können deshalb feststellen, daß die vorgeschlagenen Maßregeln noch der nötigen Sicherung bedürfen, wenn sie von der Vertretung der Landwirtschaft als ein bedeutender Fortschritt anerkannt werden sollen. Aus diesem Grunde haben wir uns erlaubt, zu den einzelnen Positionen Abänderungs-, beziehungsweise Ergänzungsanträge zu stellen, und ich bitte den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage an das Haus zu richten.

Eine Angelegenheit eigener Art ist der Superphosphatzoll. Es ist schon etwas merkwürdig, wie er zu den anderen vorgeschlagenen Positionen hinzugekommen ist. Es wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß ein Zusatzantrag zu dem Antrage auf Einführung des Milchzolles gemacht worden sei. Wenn jemand das oberflächlich las, mußte er den Eindruck bekommen, als ob damit ein agrarischer Zoll eingeführt werden sollte. In Wirklichkeit ist beim Superphosphat die Lage derart, daß wir eine einzige Fabrik, nämlich die in Moosbierbaum haben, welche Superphosphat erzeugt. Der Gesamtjahresbedarf beträgt ungefähr 4000 Waggon. Von diesen sind bis jetzt durchschnittlich 3000 Waggon im Jahre aus dem Auslande eingeführt worden, ein Viertel des Inlandsbedarfes wurde von dieser einen Fabrik bezogen. Diese Fabrik muß aber ihre gesamten Rohstoffe, insbesondere die Rohphosphate, aus dem Auslande beziehen. Um nun ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, war sie zunächst bestrebt, entsprechende Frachttarife durchzusetzen, dann aber ein Kartell mit den ausländischen Erzeugern zu bilden. Tatsächlich sind kartellähnliche Vereinbarungen zustande gekommen, welche bewirkt haben, daß im letzten Jahre das Superphosphat im Preise gestiegen ist. Wenn darauf hingewiesen wird, daß dieser Industriezoll deshalb notwendig ist, weil das Ausland einen solchen hat, so ist demgegenüber zu bemerken, daß weder das Deutsche Reich noch die Tschechoslowakei einen Zoll auf Superphosphat haben. Bei der Einführung eines Zolles von 1½ Goldkronen, was ungefähr 20 Prozent des Wertes der Ware ausmacht, besteht nun die Gefahr, daß damit der einen Fabrik in Österreich eine Monopolstellung gewährt wird. Wir können danach mit Sicherheit sagen, daß der gesamte Inlandsbedarf von der einen Fabrik bezogen werden muß. Schon aus diesem Grunde ist hier eine Sicherung bezüglich des Preises nötig. Ein bloßer Brief an das Ministerium genügt hier nicht und

kann nicht die Grundlage bilden, um eine wirkliche Sicherung für die Landwirtschaft für die folgenden Jahre herbeizuführen. Es erscheint darum gerecht, daß entweder bei der Milch die Anmerkung wegfällt, die so unbedingt auf den Preis von 38 g abgestellt ist, oder daß bei Superphosphat ein ganz ähnlicher Antrag angenommen wird. Zu diesem Zwecke erlauben wir uns, einen eventuellen Zusatzantrag für den Fall der Annahme dieses Zolles zu stellen, der ganz entsprechend der Anmerkung bei Milch gefaßt ist. Als Grenze ist in dem Antrag der Preis von 73 g genommen, das ist der heutige Preis, der im letzten Jahre bereits eine Erhöhung erfahren hat. Die Fabrik hat an und für sich, wenn der Zoll angenommen wird, das Gute, daß ihre Kapazität ganz anders ausgenutzt werden kann, wenn in einem Jahre 3000 oder 4000 Waggon ausgeliefert werden, statt 1000 Waggon, die bisher erzeugt wurden. Es besteht daher keinerlei Veranlassung für die Fabrik, den Preis zu erhöhen. Weil wir uns aber mit einer bloßen brieflichen Zusage nicht begnügen können, erscheint uns der von uns vorgeschlagene Weg geeigneter, hier eine Vorfrage zu treffen.

Wir haben uns für verpflichtet gehalten, hier auf die Notwendigkeit von Sicherungen hinzuweisen, die aus dem Gesetzentwurf selbst noch nicht hervorgehen. Es erscheint notwendig, daß diese Zusicherungen deutlich zum Ausdruck kommen, damit sie nicht später bei einer übelwollenden Auslegung abgelehnt werden können. Aus diesem Grunde werden wir für die Abänderung der Zollpositionen stimmen, jedoch getrennte Abstimmung über die Anmerkung und eine Reihe von Zusatzanträgen verlangen, die uns unbedingt nötig erscheinen, wenn das einigermaßen erreicht werden soll, was immer als Motiv für diesen Gesetzentwurf erklärt wird, nämlich eine wirksame Förderung der Landwirtschaft. Sie ist nur zu fördern, wenn die Rentabilität der wichtigsten Produkte gesichert ist. Zu dieser Sicherung erscheint uns aber die Annahme einer Reihe von Zusatzanträgen notwendig, die wir uns zu stellen erlaubt haben. Wir hoffen, bei den Vertretern der Landwirtschaft mit diesen Forderungen Gehör zu finden, da sie ja im gemeinsamen Interesse gestellt sind. *(Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Die von Dr. Schönbauer u. Gen. gestellten nachfolgenden Anträge werden nicht genügend unterstützt.

„Abänderungsantrag

der Abg. Dr. Schönbauer, Größbauer, Maier, Bichl und Ammann:

Gold-
kronen

Zu § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfes ist einzufügen nach den Worten „auf Er-
laubnischein“ 15:50

	Gold-	
	kronen	
Nr. 35 Obst, nicht besonders benanntes, frisch:		
a) feines Tafelobst	30'—	
b) anderes	10'—	
Nr. 39 Gemüse:		
1. Kartoffel	2'—	
2. alle übrigen	6'—	
Nr. 52 Rindvieh, hätte zu lauten:		
a) Schlachtvieh	10'—	
b) Nutz- und Zuchtvieh	60'—	
Einzufügen wäre dann:		
Nr. 55 Schweine im Gewicht:		
b) über 10 kg bis 100 kg	25'—	
Nr. 56 Pferde:		
b) Gebrauchspferde:		
1. über zwei Jahre alt	200'—	
2. bis zum Alter von zwei Jahren	100'—	
Nach § 63 wäre einzufügen:		
Nr. 64 Geflügelei	3'—	
Nr. 71 Naturbutter	24'—	
	für	
	100 kg	
Nr. 96 Fleisch:		
a) frisch	30'—	
b) überseeisches Gefrierfleisch	15'—	"

Eventual-Zusatzantrag:

Nach Nr. 506 (Phosphate) wäre folgende Anmerkung aufzunehmen:

„Der Zoll tritt außer Wirksamkeit, wenn der Preis für ein Kilogrammprozent wasserlöslicher Phosphorsäure bei Waggonlieferung frachtfrei in den Vollbahnhöfen Niederösterreichs mehr als 73 g einschließlich der Warenumsatzsteuer beträgt.“

Entschließungsantrag:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit Rücksicht auf die vertragsmäßigen Bindungen gegenüber der Tschechoslowakei dem notleidenden Zuckerrübenbau bis zur Auswirkung der Zollerhöhung unmittelbare Hilfe zuzuwenden.“

Frau **Frendlich**: Hohes Haus! Jedesmal, wenn wir zu Zollverhandlungen in diesem Hause kommen, erleben wir dasselbe Schauspiel. Es werden aus den einzelnen Interessentengruppen Wünsche dem hohen Hause unterbreitet, und jede der Gruppen fühlt sich verpflichtet, dem Hause neue Wünsche vorzulegen. Die Forderungen der einen Gruppe steigern immer wieder die Forderungen der anderen, und der einzige, der immer wieder zum Handluß kommt, das ist der Konsument, der zum Schluß alle Auswirkungen dieser verschiedenen Zollsätze zu tragen hat.

Wir möchten vor allem auch feststellen, daß diesmal die Zollverhandlungen sich restlos auf Initiativ- anträgen einzelner Abgeordneten als Vertreter ihrer

Gruppen aufgebaut haben und daß wir diesmal jede Einflußnahme der Regierung sowohl auf die Verhandlungen wie auf die Vorlage der verschiedenen Entwürfe vermiften. Man muß sich manchmal wundern, wo sich eigentlich die Regierung befindet und welche Tätigkeit sie entfaltet. Sie glänzt im hohen Hause gewöhnlich durch Abwesenheit und ergreift auch in den wichtigsten Fragen der Politik und der Volkswirtschaft kaum noch eine Initiative. Wir haben diesmal die verschiedensten Programme vorgelegt bekommen, kleine Wunschzettel und große Wunschzettel, und wir haben jede Führung von seiten der Regierung in diesen für die Volkswirtschaft so wichtigen Fragen vermiften.

Der Herr Abg. Klimann hat mit Recht gesagt, daß eigentlich die Regierung über den verschiedenen Wünschen der einzelnen Interessenten stehen müßte und daß sie die Führung in der Hand haben sollte. Aber leider scheint das nur eine persönliche Meinung des Herrn Abg. Klimann zu sein, die Parteien dieses Hauses außer der Opposition scheinen sich damit abzufinden, daß eben jeder seine Wünsche vorlegt und versucht, soviel davon durchzusetzen, als er vermag.

Der Herr Abg. Födermayr hat behauptet, daß die Landwirte immer Rücksicht darauf nehmen, daß die Kaufkraft der Bevölkerung in den Städten durch ihre Wünsche nicht zu sehr beeinträchtigt werde. Ich glaube, der Herr Kollege Födermayr überschätzt die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung ganz außerordentlich. Ich möchte hier wiederholen, was ich im Zollausschuß schon gesagt habe, daß heute große Teile der Bevölkerung gar nicht mehr imstande sind, soviel zu kaufen, als sie zum Leben brauchen. Weite Bevölkerungskreise haben heute ein Durchschnittseinkommen, das eine auskömmliche Ernährung einfach gar nicht mehr ermöglicht. Der Herr Abg. Födermayr sollte heute versuchen, eine Propaganda zur Hebung des Milchkonsums unter der städtischen Bevölkerung zu entfalten. Da würde er hören, daß heute die Gemeinde Wien verpflichtet ist, einer großen Zahl von Säuglingen das tägliche Milchquantum zu schenken, weil die Eltern dieser Kinder gar nicht mehr imstande sind, auch nur für den Säugling genug Milch zu kaufen. Um wieviel weniger wären diese Kreise der Bevölkerung imstande, soviel Milch zu kaufen, damit sich der Milchkonsum überhaupt hebt.

Es ist also durchaus nicht ganz so, wie der Herr Abg. Födermayr behauptet hat, daß die Landwirtschaft immer auf die Konsumfähigkeit der städtischen Bevölkerung Rücksicht nimmt, sondern die Wünsche, die die Landwirtschaft im Zollausschuß und die der Herr Abg. Födermayr heute hier unterbreitet hat und die viel weitergehen als der Wunsch nach einem Milchzoll — denn die Landwirtschaft möchte auch einen Zoll auf Fleisch und viele andere Dinge

haben —, diese Wünsche berücksichtigen durchaus nicht die Konsumfähigkeit und die Kaufkraft der Bevölkerung.

Der Herr Abg. Födermayer hat dann gesagt, wenn die Landwirte irgendeinen Wunsch auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung haben, dann erscheint jedesmal auch die Industrie, um ihrerseits Wünsche zu unterbreiten. Das haben wir ja zu wiederholten Malen festgestellt, und man müßte sich einmal klar darüber werden, daß wir, wenn alle diese Wünsche erfüllt würden, außerstande wären, die Lebensfähigkeit und Widerstandsfähigkeit unserer städtischen Bevölkerung zu sichern. Man muß sich nur einmal vorstellen, wie sehr sich jetzt alle Wünsche, die von den verschiedenen Interessentengruppen des Hauses geäußert werden, gegen die Kauffähigkeit und gegen den Konsum der städtischen Bevölkerung richten. Wir haben bei der Industrieenquete, die jetzt vom Handelsausschuß durchgeführt wird, den Wunsch vernommen, daß die Rückvergütung für die Exportindustrie auf Konto der Warenumsatzsteuer von 35 auf 100 Prozent erhöht werde. Das bedeutet einen Ausfall an Staatseinnahmen von 35 Millionen Schilling. Dieser Ausfall muß natürlich gedeckt werden. Wie soll man ihn aber decken? Im Finanzministerium finden jetzt dauernd Verhandlungen statt, wo man einfach die Pauschalsätze für die verschiedensten Lebensmittel erhöht. Man wird die Pauschalsätze für Mehl, für Teigwaren, für Zuckerwaren, für Kaffee, für Tee und für viele andere Lebensmittel hinaufsetzen und so diese 35 Millionen Schilling, die aufgebracht werden sollen, wieder restlos aus den Taschen der konsumierenden Bevölkerung schöpfen.

Wenn Sie immer wieder sagen, der Zoll werde sich ja gar nicht im Preise auswirken, es werde gar nicht möglich sein, daß der Preis der Milch steigt, weil ja dann der Zoll aufhört, so ist beim Zucker die Situation schon wesentlich anders. Wenn der Zuckerpreis infolge der Zollerhöhung steigt, so wird natürlich deshalb die Zuckersteuer und der Zuckerzoll nicht aufgehoben werden. Wenn aber überall die Preise auch nur um 2 oder 3 g steigen, so ergibt das als Endsumme für den wöchentlichen Bedarf einer Familie eine Steigerung um 1 S und noch mehr. Und da wir heute bei jeder Lohnerhöhung, die wir verlangen, immer auf den größten Widerstand der industriellen Kreise stoßen, ist dann derjenige, der sein Einkommen nicht erhöhen und seine Konsumkraft nicht vermehren kann, immer wieder der unglückliche städtische Konsument, der gar nichts anderes davon hat, als daß er seine Lebenshaltung weitgehend herabmindern muß.

Der Herr Abg. Klimann hat auch gesagt, daß wir zwar heute die Herabsetzung der Zuckersteuer beantragen, daß wir aber selbst einmal eine Erhöhung der Zuckersteuer beantragt hätten; es wäre der Abg. Bauer gewesen, der diesen Antrag hier im Hause

begründet habe. Ich habe mir das Protokoll der betreffenden Sitzung verschafft und kann feststellen, daß nicht der Herr Abg. Bauer über diese Vorlage referiert hat, sondern der Herr Abg. Buresch, der bis dato kein Sozialdemokrat ist. Sie können also das Referat unmöglich auf das Konto der Sozialdemokratie buchen. Von unserer Seite hat damals der Herr Kollege Richter gesprochen, und er hat zu dem Gesetz, in dem eine Erhöhung der Branntweinsteuer, der Biersteuer, der Mineralwassersteuer und der Zuckersteuer enthalten war, erklärt, daß wir zwar immer prinzipielle Gegner der indirekten Steuern gewesen sind, aber im Hinblick darauf, daß gleichzeitig auch eine weitgehende Erhöhung der direkten Steuern eintreten wird — es sind in derselben Sitzung des hohen Hauses Erhöhungen der Erwerbsteuer und anderer direkter Steuern beschlossen worden —, das Gesetz nicht verhindern wollen, sondern diese Erhöhung der Zuckersteuer passieren lassen werden. Es ist also nicht so, daß wir für dieses Gesetz eingetreten wären, sondern wir haben lediglich erklärt, daß wir im Hinblick darauf, daß die Zuckersteuer ein Teil des Gesamtprogramms dieser ganzen Steuererhöhungen ist, die damals in der Inflationszeit durchgeführt werden mußten, das Gesetz nicht verhindern werden. Aber befürwortet haben wir dieses Gesetz nicht. Sie sehen also, es ist nicht ganz so, wie der Herr Abg. Klimann behauptet hat, und ich lege Wert darauf, daß diese Behauptung sofort richtiggestellt wird; denn wir wissen, daß, wenn solche Behauptungen unwidersprochen bleiben, sie dann in die Versammlungen hinausbringen, in die Zeitungen hinausbringen und in kürzester Zeit die Legende entsteht, daß die Sozialdemokratie einmal begeistert für die Erhöhung der Zuckersteuer eingetreten sei.

Der Herr Abg. Klimann hat sich nun sehr dagegen ausgesprochen, daß jeder seine Sonderwünsche vorbringt, und er hat das Bedenken geäußert, daß unsere ganze Zollpolitik nach und nach ein Flickwerk sein wird. Es sind jedenfalls diese Ausführungen des Herrn Abg. Klimann zu einem großen Teile berechtigt. Denn, wenn wir in dieser Weise fortfahren, daß wir heute einen kleinen Flick auf den Zolltarif machen und vielleicht in 14 Tagen wieder einen Flick, dann werden wir zwar ein geflicktes Gewand, aber niemals einen wirklichen Tarif bekommen, der berücksichtigt, welche Industrien und welche Wirtschaftskörper in Österreich durch unsere Zollpolitik geschützt und gefördert werden sollen und welche nicht. Wir bekommen keine einheitliche Linie unserer Handelspolitik und darin liegt gewiß eine sehr große Gefahr.

Der Herr Abg. Klimann hat aber auch gesagt, er verstehe nicht recht, wie die Sozialdemokratie verlangen konnte, daß die Verhandlungen über die Erhöhung des Zuckerzolles ausgesetzt werden, bis der Kollektivvertrag der Landarbeiter angenommen

sei. Er könne verstehen, wenn man bei einer Industrie solche Forderungen stelle, aber bei der Landwirtschaft wäre das absolut unverständlich. Es ist nun gewiß so, daß wir, wenn die Landwirtschaft sich einen weiteren Schutz erringt, wenn die Landwirtschaft verlangt, daß man ihre Interessen durch eine ganz besondere Gesetzgebung schützt, nicht zu geben können, daß die Landarbeiter in derselben Zeit durch das Nichtzustandekommen des Kollektivvertrages in ihrer Lebenshaltung und in ihrem wirtschaftlichen Kampfe geschädigt werden. Es ist das eine ebenso eine Interessenvertretung wie das andere, und wenn der Abg. Klimann nicht wünscht, daß die Landarbeiter solche Situationen ausnutzen, dann darf er auch nicht dafür eintreten, daß die Industrie oder daß die Landwirtschaft solche Situationen ausnutzen und versuchen, durch eine besondere Gesetzgebung ihre Produktionsverhältnisse zu schützen.

Und wenn der Herr Kollege Föddermayr gesagt hat, wir sind dafür, daß die Interessen der Gesamtheit siegen, so meint eben jede Produzentengruppe immer wieder, daß ihr Interesse auch ein Interesse der Gesamtheit ist, und es müßten eigentlich die Konsumenten entscheiden, es müßten die Konsumenten darüber Richter sein, inwieweit die einzelnen Produzenteninteressen auch wirklich Gemeinschaftsinteressen sind. Wir haben in dem langen Speisetzettel, der ja dem hohen Hause noch nicht zugegangen ist, sondern nur bei verschiedenen Beratungen eine Rolle spielt, Industriezölle gefunden, wo Industrien geschützt werden sollen, die wir in Österreich noch gar nicht haben, oder wo Industrien geschützt werden sollen, die einen sehr bescheidenen Betrieb besitzen, wo also gar nichts anderes eintritt, als eine weitgehende Verteuerung jener Dinge, die die Konsumenten kaufen müssen.

Wenn wir also nicht wünschen, daß die Interessenpolitik das Gemeinschaftsinteresse besiegt, dann werden wir eine andere Methode finden müssen, um die Handels- und Zollpolitik in diesem Hause wirklich zielklar und nach einer bestimmten Richtlinie aufzubauen. Wir haben bei den Verhandlungen in diesem hohen Hause und bei den Verhandlungen im Zollausschuß immer wieder festgestellt, daß wir diese Art der Tarifpolitik ablehnen, daß wir den Zuckerzoll auf das entschiedenste verurteilen, daß wir überzeugt sind, daß es möglich gewesen wäre, eine andere Methode zu finden, um sowohl das Interesse der Rübenbauer als auch das Interesse des städtischen Konsumenten zu schützen. Die Mehrheit dieses Hauses wird heute die Wünsche, die den Interessentengruppen vorgelegt worden sind, restlos quittieren, und sie behauptet, daß daraus der konsumierenden Bevölkerung keine Mehrbelastung entstehen wird. Das wird beim Zucker ganz bestimmt zutreffen, wir werden in der kürzesten Zeit

eine Erhöhung der Zuckerpreise zu verspüren haben. Beim Milchzoll haben wir ja eine gewisse Rückversicherung für die Konsumenten durchsetzen können. Wir möchten aber doch ganz entschieden davor warnen, daß wir weiter in dieser Weise die Zollpolitik in diesem hohen Hause aufbauen. Es wäre Pflicht der Regierung, die verschiedenen Wunschzettel einzusammeln, aus diesen verschiedenen Wünschen ein wirkliches Zollprogramm zu erstellen, dem hohen Hause dieses Programm als Regierungsvorlage zu unterbreiten, und dann werden wir bereit sein, weiter über alle Zölle zu sprechen. Wenn Sie aber diese Methode fortsetzen, die Sie diesmal angewandt haben, dann werden wir eben einfach eines Tages erklären, daß wir auf solche Verhandlungen nicht mehr eingehen. Die Regierung hat die Verantwortung zu tragen und deshalb muß die Regierung auch diejenige sein, die das Programm dem Hause vorlegt, das durchgeführt werden soll. Wenn wir nicht wünschen, daß wir langsam überhaupt jede Führung auf wirtschaftlichem Gebiete verlieren, dann darf die Regierung nicht die Initiative den einzelnen Interessentengruppen überlassen, sondern sie muß die Initiative ergreifen und die Verantwortung für die Handelspolitik tragen, die aus allen Beratungen des hohen Hauses hervorgeht. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Derich: Hohes Haus! Für den heutigen Antrag haben sich alle Parteien interessiert. Es ist gesagt worden, daß die Steuern für die besitzenden Klassen ermäßigt, dafür aber die Zölle erhöht werden. Im Märzheft der in Deutschland erscheinenden Sozialistischen Monatshefte steht, daß man nicht die Steuern, sondern die Zölle erhöhen soll, denn das wäre nur ein Nutzen für den Staat. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß der Vertrag der Zuckerrübenbauern schlecht ist, und das sei der Grund für die Zollerhöhung. Ich gebe zu, daß dieser Vertrag derzeit nicht der beste ist, aber ich möchte darauf verweisen, vor einigen Jahren wurden Verträge immer nur auf Waren abgeschlossen, aus dem einfachen Grund, weil man zu jener Zeit nie wissen konnte, welche Preise erzielt werden können. Wenn also der Vertrag schlecht und nicht kündbar ist, so muß man eben trachten, auf andere Art zu erreichen, daß der Zuckerrübenbau in Österreich bestehen kann. Der Zuckerzoll soll ja nicht nur wegen der Zuckerrübenbauern allein eingeführt werden. Betrachten Sie die ganze Sachlage. Auf der einen Seite ist der Zuckerrübenbauer, auf der andern Seite die Industrie, auf der dritten Seite der Arbeiter. Die sieben Zuckerrübenfabriken in Österreich, die vom Oktober bis Ende Februar arbeiten, arbeiten zumeist während der toten Saison, und es ist daher im Interesse des Staates gelegen, daß unsere Zuckerindustrie geschützt ist. Damit aber auch der Arbeiter und der Zuckerrübenbauer. Und was den Milchzoll betrifft, so wurde vom Herrn Kollegen hauptsächlich

das bekämpft, daß, wenn die Milch 38 Goldheller kostet, der Zoll dann verschwinden soll. Meine Herren, wir wollen aber nicht eine Verteuerung der Milch, wir wollen nur den Absatz unserer Milchprodukte in unserem Staate sichern. *(Zustimmung.)* Wir bäuerlichen Vertreter wurden deshalb verdächtigt, daß wir vor zwei Jahren, als die Zölle festgesetzt wurden, nicht den Zoll verlangt haben, der notwendig gewesen wäre. Da muß ich doch den Herrn Dr. Schönbauer fragen, warum er nicht instande war, das durchzusetzen? Demagogisch reden kann man ja leicht. Wir haben mit allen Parteien verhandelt. Wir waren diejenigen, die sich an die Vereinbarungen gehalten haben. Wenn Herr Doktor hinausgehen und das Volk aufheizen, das kann ein jeder, da braucht man kein Professor sein, mein Hochverehrter! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Die Herren betreiben die Heze so, daß sie immer nur schreien: Keine Steuern zahlen! Wo ist der Staat, in dem keine Steuern sind? Ich würde wünschen, daß der Herr Dr. Schönbauer eine höhere Stelle in unserem Staate bekleidet, damit wir dann keine Steuern mehr zu zahlen brauchen. Denn das wäre uns am allerangenehmsten. Ich bin keiner von jenen Agrariern, von denen der Herr Kollege Pölzer als von den „Herren Agrariern“ spricht. Ich bin ein ganz gewöhnlicher Agrarier *(Lebhafter Heiterkeit)* und muß jedem, der sich als ein „Herr Agrarier“ benimmt und als Herrenbauer, und vielleicht nur ein „schöner Bauer“ ist *(Heiterkeit)*, die Wahrheit ins Gesicht sagen. Wir werden für die vorliegenden Anträge stimmen.

Der Antrag Schönbauer soll gelautet haben, die Superphosphatindustrie soll den Superphosphat an alle Stationen mit 73 h stellen. Das Ministerium hat verhandelt und die Fabrik wird ihn nach allen Ländern und Stationen stellen.

Das muß doch ein weitgehender Antrag sein als ihn der Herr Dr. Schönbauer gestellt hat. Ich weiß, er wird sich auf meine Worte hin wieder zum Worte melden. Die sind aber von einem einfachen, schlichten Bauern, er sollte sie sich aber einmal merken und nicht immer hinterher kommen. Wenn schon 14 Tage mit allen Parteien verhandelt worden ist, dann kommen immer erst die ganz Gescheiten, die Alleswisse. Wir sind Bauern in Wirklichkeit. *(Ruf: Die sind auch Bauern!)* Ja, Schönbauern heißen sie. *(Heiterkeit.)* Wir sind diejenigen, die sich mit den Bauern, mit den Bevölkerungsschichten ins Einvernehmen setzen. Wir sind diejenigen, die das Volk leben lassen wollen, ob es nun dem oder dem Stande angehört, und daher sind wir auch diejenigen, die für diesen Antrag stimmen werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Abram: Sehr geehrte Herren! Die Überflüssigkeit des Milchzolles kann ich nicht besser dartun, als wenn ich Ihnen die Tausende von Litern bekannt-

geben werde, die Tirol, die Stadt Innsbruck aus der Schweiz an Milch bezogen hat. Wenn die Schweiz in der Lage ist, mit unseren Milchpreisen zu konkurrieren, so ist damit der schlagendste Beweis erbracht, daß sie einen Schutz für die Milchpreise nicht braucht.

Wenn aber von mehreren Seiten hier in Aussicht gestellt wurde, daß in Bälde Zollposition um Position zur Diskussion gestellt werden soll und diese Bemerkung nicht allein für die agrarischen Zeitungen und für die Versammlungen draußen bestimmt sein soll, so ist doch darauf aufmerksam zu machen, daß bei der Frage der Erhöhung der verschiedenen Zollpositionen, wie sie sich die Herren vorstellen, das Ausland ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen haben wird. Wenn Sie zum Beispiel nur den Zoll auf Zuchtvieh herausgreifen, ist zu sagen, daß unsere ganzen Alpenländer ein starkes Interesse für den Import von Zuchtvieh nach Jugoslawien, Ungarn und Polen haben, und daß, wenn diese ausländischen Käufer auf den Herbstmärkten in den westlichen Alpengebieten nicht da sind, eine ganz bedeutende Absatzstörung eintritt. Sie werden, wenn Sie, meine Herren, Ihr Vorhaben durchführen, dahinkommen, daß Sie diesen Staat nach der Art des Dr. Eisenbart kurieren, Sie werden einseitig nur die agrarische Minorität in diesem Staate beachten und der städtischen und industriellen Bevölkerung, der Mehrheit der Bevölkerung dieses Staates, damit das Leben unmöglich machen. Außer der Zweimillionenstadt Wien haben Sie in diesem kleinen Staat sicherlich noch eineinhalb Millionen an Städte- und Marktbewohnern und Industriebevölkerung. Wir sind die Mehrheit, und Sie können nicht einseitig den Staat in Ihrem Sinne regieren wollen.

Was mich aber veranlaßt hat, das Wort zu nehmen, war eine Bemerkung des Herrn Födermayr, der uns in sanftmütigen Tönen diese agrarischen Vorstöße in Aussicht stellte und meinte, daß wir alle in diesem Staate Opfer zu bringen haben. Diese Worte des Herrn Kollegen Födermayr erfordern seitens der Arbeitervertreter sofort eine Richtigstellung. Wer hat in diesem Staate Österreich Opfer gebracht? Wer hat sie im alten Österreich gebracht? Im ersten Kriegsjahre gab es bezugslose Bauern und Bürger, sie galten alle als Kinder des gleichen Staates, zugehörig demselben Vaterland. Man hat die bezugslosen Familienväter unter die Waffen gestellt, man hat im zweiten Jahr die Jugend unter die Waffen gestellt, häufig waren es der bezugslose Vater und sein bezugsloser Sohn, die dienten; und im zweiten und dritten Kriegsjahr sahen wir die Änderung, daß Personen aus der bezugslosen Klasse sich häufig durch Lieferungen für den Staat, für das Militär vom Militärdienst freimachen konnten. *(Widerspruch.)* Mit 50 Liter Milchlieferung konnten sich die Leute massenhaft vom

Heldentoderleben loskaufen. Und im dritten Kriegsjahr, als die Bevölkerung Österreichs in den Städten, in den westalpinen Gebieten draußen, in den Gebieten nahe der Front im besonderen keine Kartoffeln hatte, als die glorreiche Brucezeit über Österreich kam, wer mußte damals die meisten Opfer tragen? Die Besitzlosen an der Front oder die auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes unter ganz unerträglichem Druck gestellten Industriearbeiter und die Familien der Eingerrückten mußten hungern; sie trugen die allermeisten Opfer. Und zu derselben Zeit, wo es für die breiten Massen der besitzlosen Bevölkerung nur ein Dienen, Hungern und ein die ganze Persönlichkeit für den Staat Opfern gab, zu derselben Zeit konnten sich weite Bevölkerungskreise, was nie jemand zu träumen wagte, von allen Besitzschulden frei machen, sie konnten sich ihre Wirtschaft retablieren, sie haben — wie uns Herr Abg. Födermayr selbst gesagt hat — eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges gehabt. Auf der einen Seite die Masse der Bevölkerung verarmt, verdarbt, verelendet und auf der anderen Seite eine große Bevölkerungsschicht, die sich schuldenfrei machen konnte, die wahr machte, was bedeutende Volkswirte in Büchern als einen Traum für die Zukunft hinstellten. Der Kaufmann und der Warenbesitzer der Städte konnten bei der Abgesperrtheit unseres Staates vom Auslande die Preise für ihre ganzen Wagenvorratsmengen entsprechend der Geldentwertung hinaufzilitieren, ihnen ist das Gebäude, ihnen ist das Warenlager im vollen Substanzwerte geblieben. Auf der anderen Seite waren es die kleinen Sparer, waren es die Bauernknechte, waren es die Kleinhändler, waren es die tausenden Fabrikarbeiter, die die Kunst erlernt hatten, von ihrem kargen Verdienst etwas für die Tage der Not wegzusparen, die durch die Inflationszeit um ihr bisheriges erspartes Vermögen, an dem der Schweiß eines ganzen Lebens hing, verloren haben. Die Masse der Arbeiter hat mit Gut und Blut für das Vaterland Opfer bringen müssen und als es dann zum Zahlen kam, haben Sie sich vorsichtig hinter Genf verschanzt, haben Sie sich vorsichtig hinter einen Bornund gestellt und jetzt wollen Sie — in allen Staaten, nicht allein in Österreich — diesen Weg immer weitergehen und den törichten Wahn der Zerstörung des Volksgutes und der ganzen Wertbestände von Generationen soll die Klasse der Besitzlosen bezahlen. Und Sie gehen dabei so weit, daß Sie den Staat lebensunfähig machen. Da, Herr Kollege Födermayr, ist es unsere Pflicht, zu protestieren und zu sagen, die Klasse der Besitzlosen ist es, die bisher die größten Opfer im Staate gebracht hat. Die Klasse der Besitzlosen kann nicht mehr weiter. Die 200.000 Arbeitslosen würden dieses Wort, daß alle Opfer bringen müssen, wenn wir es unwidersprochen passieren

lassen, als einen Hohn betrachten, die tausenden Kleinrentner würden sich verhöhnt erachten, die Altpensionisten und die tausend Abgebauten würden es als eine Verhöhnung ansehen. Sie erwarten von uns, daß wir pflichtgemäß dagegen protestieren und sagen: Wenn Sie von Opferbringen reden, so hat die Klasse der Besitzlosen, die Klasse der Kleinrentner, der Berarmten, der Pensionisten und Abgebauten genügend Opfer gebracht. Die Pflicht, Opfer zu bringen, meine Herren, ist jetzt auf Ihrer Seite, auf Seite der besitzenden Klasse, die Besitzlosen haben nichts mehr zum Opfern. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. **Schönbauer**: Hohes Haus! Dem Herrn Abg. Dersch hat es beliebt, in einer Art und in einem Ton hier zu sprechen, der in Versammlungen der tiefsten Kategorie gebräuchlich sein mag. *(Widerspruch.)* Ich möchte nur darauf hinweisen, wie geschmacklos es von ihm war, mir vorzuwerfen, daß ich nicht ein Bauer sei, nachdem der Herr Sprecher von seiner Partei bei der ersten Besung für die agrarischen Fragen der Herr Landeshauptmann Dr. Buresch gewesen ist. *(Zwischenrufe.)* Ich stelle zunächst einmal fest, Herr Kollege, daß ich genau so eine Bauernwirtschaft habe wie Sie, daß ich genau so dort tätig bin und daß ich, was den Hektarertrag betrifft, jederzeit mit Ihnen den Wettbewerb aufnehme. Daß ich den Fehler habe, auch eine landwirtschaftliche Hochschule besucht zu haben und an der Hochschule für Bodenkultur in Wien ordentlicher Hörer gewesen zu sein, müssen Sie mir schon verzeihen. Ich habe nicht die Hochachtung vor so einer gewissen Dummheit und gehöre nicht zu den Leuten, die heute noch am liebsten beten würden: Herr, laß Dummheit regnen übers Land. Wir sind vielmehr gerade im Landbund der Meinung, daß es das günstigste ist, wenn sich Bauern, Bauernöhne und Handwerkeröhne vom Land, die studiert haben, zusammenschließen. Der Unterschied aber zwischen dem, was gesprochen und wie abgestimmt wird, der ist entscheidend. Auch wenn ich selbst nicht eine Bauernwirtschaft hätte, wenn ich nicht selber dort arbeiten würde, so hätte ich genau so wie irgendein christlich-sozialer Politiker das Recht, in Fragen der Landwirtschaft hier zu sprechen. Der Unterschied, ob jemand in Wahrheit ein landwirtschaftlicher Vertreter ist oder nicht, zeigt sich nicht in Worten, sondern bei den Abstimmungen und in der Stellungnahme zu jedem wirtschaftspolitischen Gesetz.

Ich stelle hier zunächst einmal fest, daß der Herr Abg. Dersch direkt die Unwahrheit gesprochen hat, wenn er erklärte, wir haben seinerzeit nicht auf den Milchzoll hingewiesen. Er braucht nur im stenographischen Protokoll der 41. Sitzung, die Mittwoch, den 8. Mai 1924, stattgefunden hat, nachzuschlagen und kann das dort ausführlich nachlesen. *(Dersch: Das habe ich nicht erklärt!)* Ich habe es so

verstanden. Wenn ich unrichtig verstanden habe, trifft das nicht zu. Soviel ich dort rückwärts gehört habe, sagten Sie, warum wir das nicht beizeiten gesagt haben. Ich stelle demgegenüber fest, daß wir alles beizeiten, nämlich schon im Mai 1924 ausführlich hier dargelegt haben. Ich stelle weiterhin fest, daß wir alle die Bedenken hinsichtlich des Zuckerzolls schon bei der ersten Lesung vorgebracht haben, daß diese Bedenken nachher von Ihrer Partei zum Teil berücksichtigt worden sind und es daher eine Unanständigkeit ist, dann so zu sprechen, als ob wir jetzt erst nachträglich etwas sagen würden. Ich sage also: Der Ton, den Sie hier einzuführen belieben, der Versammlungston, ist der unrichtige. Wenn Sie glauben, den Landbund damit einschüchtern zu können, so irren Sie. Wir können Ihnen auf diesem Gebiet schon folgen, wenn es nötig ist. Solche Landwirte, wie bei Ihnen, sind schon bei den Landbündlern auch noch! (Beifall.)

Berichterstatter Seidl: Ich möchte nur auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Schönbauer folgendes erwidern: Er hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß das heute hier zum Beschluß erhobene zollpolitische Ermächtigungsgesetz für den Fall, als die Phosphate eine Erhöhung im Preise erfahren würden, keine Anwendung finden könnte, das heißt, daß eine Herabsetzung des Zolls auf Grund dieses zollpolitischen Ermächtigungsgesetzes nicht möglich wäre. Ich möchte hier feststellen, daß in den Parteienverhandlungen, die über diesen Gegenstand abgeführt worden sind, mit den Vertretern des Ministeriums ausdrücklich festgestellt wurde, daß dieses zollpolitische Ermächtigungsgesetz auch auf diesen Fall unbedingt Anwendung finden kann.

Der Herr Abg. Dr. Schönbauer hat einen Antrag gestellt, der davon spricht, daß der Preis für ein Kilogrammprozent wasserlösliche Phosphorsäure bei Wagonlieferung frachtfrei in den Vollbahnstationen Niederösterreichs mehr als 73 g einschließlich der Warenumsatzsteuer beträgt. Ich möchte hier feststellen, daß in den Verhandlungen mit dem Ministerium die Fabrik eine noch viel weitergehende Zusage gemacht hat, indem sie sich bereit erklärte, daß der Preis nicht nur für die Stationen Niederösterreichs, sondern für alle Stationen Österreichs Geltung hat. (Zustimmung. — Ruf: Auch für das Burgenland!) Das Burgenland gehört nach unserer Verfassung zu Österreich, daher also auch für das Burgenland.

Ich bitte das hohe Haus, den Ausschufsantrag zum Beschluß zu erheben.

Es wird zur Abstimmung geschritten. In derselben wird zunächst der Minoritätsantrag Bötzler, Schiegl, Freundlich, Müller abgelehnt.

Das Gesetz wird hierauf in der vom Ausschusse beantragten Fassung in 2. u. 3. Lesung angenommen.

Die L. D. ist erledigt.

Schönsteiner: Hohes Haus! Unter Bezugnahme auf § 22 der Geschäftsordnung stelle ich den Antrag: „Der Nationalrat wolle beschließen, über den Antrag der Herren Abg. Dr. Seipel und Dr. Dinghofer, betr. den Beschluß eines Bundesgesetzes zur Bekämpfung von Mißbräuchen im Pressewesen, einen 13gliedrigen Sonderausschuß einzusetzen und die Wahl der Mitglieder desselben auf die L. D. der nächsten Sitzung zu stellen.“

Leuthner: Die Einsetzung eines Pressesausschusses zur Beratung des Initiativantrages über die Pressegesetznovelle halte ich für durchaus überflüssig. Es ist ja der Justizauschuß da, der gegebene, der zuständige Auschuß — warum weichen Sie ihm aus, warum weichen Sie ihm zum zweiten Male aus? Hat Ihnen vielleicht die Farce der Bildung des Mietengesetzausschusses gar so gut gefallen? Sie wissen ganz genau, daß die Beratung Ihrer Pressegesetznovelle im Justizauschuß nicht die geringste oder wenigstens keine in Betracht kommende Verzögerung erfahren würde. Sie brauchen bloß die beiden sozialdemokratischen Anträge über die Eherechtsreform und über die Reform des § 144 in Verhandlung zu ziehen. Diese Verhandlung wird nicht um einen Tag länger dauern, als es die Sache erfordert, das heißt sie wird in einigen Tagen erledigt sein. Sie glauben doch selbst nicht, daß wir unsere eigenen Anträge obstruieren würden, und Sie haben als Mehrheit auch keinen Grund zur Obstruktion, Sie können Ihrem Wunsch und Willen durch eine Abstimmung Ausdruck und Folge geben. Ich sehe also gar keinen Grund, warum Sie vor dem Justizauschuß davon laufen. Es ist in der Tat eine jämmerliche Feigheit (lebhafter Beifall und Händeklatschen), die Beratung jener zwei Anträge immer wieder zu verhindern.

Vor allem verstehe ich gar nicht, woher Sie den moralischen Mut nehmen, die Debatte über einen Antrag, wie unseren Ehe reformantrag, auf jede Weise durch Finten und Tücken vereiteln zu wollen. Der Antrag verlangt doch nicht mehr, als in fast allen Staaten Europas Gesetz ist, vielfach noch weniger, und er ist Herzenssache von Hunderttausenden in unserem Lande. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wie wollen Sie sich darüber hinwegsetzen? Sie reden immer von Obstruktion. Ja, was ist denn das, was Sie im Justizauschuß machen, anderes als Obstruktion? Keine ehrliche, offene Obstruktion des Kampfes, sondern die Obstruktion der Hinterhältigkeit, der schleichenden Tücke, eine Obstruktion, die sich darauf gründet, daß Herr Waiz seine Stellung als Obmann mißbraucht und daß Sie Ihre Stellung als Mehrheit mißbrauchen, um den Justizauschuß überhaupt tot- und stillzulegen. Sie stellen sich ihn als das Grab vor, wo die beiden sozialdemokratischen Anträge für immer eingesargt

sind. Man sollte denken, daß die Klerikalen, die immer so mit ihrem Mute prahlen und immer behaupten, daß es ihre größte Freude sei, sich zu ihrem Klerikalismus zu bekennen, die Debatte über unsere Anträge benützen würden, denn das wäre doch die schönste Gelegenheit, wo Sie den von Dr. Seipel angekündigten Blitz und Donner niederfahren lassen könnten. Aber Sie verstehen es, meine Herren Donnerer (*Heiterkeit und Beifall*), sich Ihre Courage zu verkneifen, hauptsächlich natürlich mit Rücksicht auf die Herren Großdeutschen da. Die Herren Großdeutschen debütieren allemal im Finanzausschuß mit Chereformreden. Sie haben sogar Minister, die Reformen des § 144 versprechen. Aber dies wie ihre ganze Freisinnigkeit ist nur Theorie: in der Tat und Praxis sind sie die gehorsamen Schleppträger des Klerikalismus. Und weil den Herren Großdeutschen schon bei der bloßen Nennung des Wortes „Cherechtsreform“ das dreifach mit Mut gepanzerte Herz aus der zottigen Mannesbrust in die Unterhoje fällt (*Heiterkeit*),

deshalb sollen wir dieses Possenspiel aufführen, deshalb sollen wir einen ganzen Kaninchenstall von Sonderausschüssen (*Heiterkeit*) um den Justizausschuß herum anlegen? Meine Herren, für diesen aus Mutlosigkeit und aus Hinterlist geborenen Skandal müssen Sie die Verantwortung übernehmen! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Der Antrag Schönsteiner wird angenommen.

Die Regierungsvorlage 518 wird dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, 519 dem Finanz- und Budgetausschuß, Antrag 253 dem Zollausschuß, 252 dem Ausschuß für Erziehung und Unterricht und 251 dem Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten zugewiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 23. März, 3 Uhr nachm.

L. D.: Wahl des 13gliederigen Sonderausschusses zur Beratung der Reform des Preßgesetzes.

Ergänzung vorbehalten.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 35 Min. abends.

Berichtigung.

Im Protokoll der 136. Sitzung hat es auf Seite 3389, Spalte 1, in der 8. Zeile von unten statt „Seidel Richard“ zu heißen „Schlesinger“ und in der 7. Zeile von unten statt „Schlesinger“ „Seidel Richard“; demnach auf Seite 3412, Spalte 2, Zeile 7, statt „Seidel Richard“ „Schlesinger“ und Zeile 5 statt „Schlesinger“ „Seidel Richard“.